Redaktionsschluss: 15. April / 2015

Redaktionsteam:
GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg – www.atomgegner.at / ggae@gmx.at;
Österreichisches Solidaritätskomitee – http://prosv.akis.at / oesolkom@gmx.at

Impressum:
Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie,
Gewerkschafter gegen Atomenergie Nr. 2,
Stiftgasse 8, 1070 Wien.

Unkostenbeitrag: 4,80 Euro

70 Jahre Kriegsende

60 Jahre Neutralität

20 Jahre EU-Beitritt

Heute wieder:

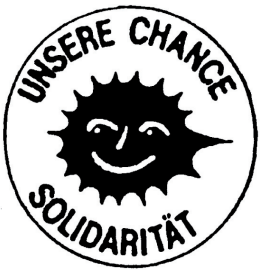
Krise, Unterdrückung und Kriegsgefahr

Sind wir auf dem Weg zu einem 3. Weltkrieg?

Gegen die Kriegstreiber

Unsere Stärke – Solidarität!

Unsere Chance – Widerstand!

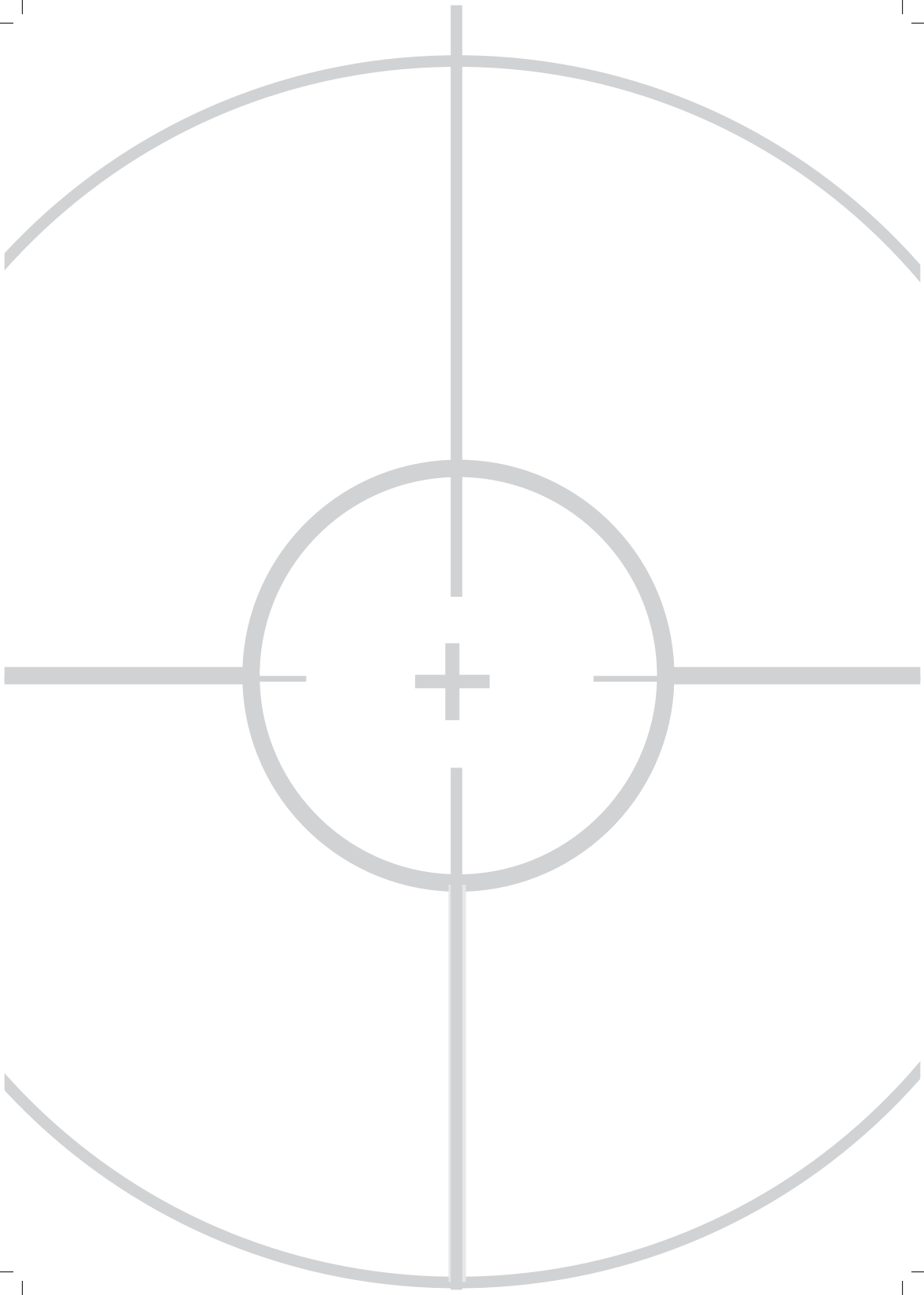


Für ein neutrales, unabhängiges und demokratisches Österreich!

JA zur Neutralität!
NEIN zu Kriegshetze und Kriegsteilnahme!

Sergei Butorin/iStock/Thinkstock

Die kapitalistische
Konkurrenz
führt zum
Krieg



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort und Einleitung **11**

Kriege brauchen Bedrohungsszenarien und Feindbilder **15**

I. Naher und Mittlerer Osten 15

II. Kriegsvorbereitungen und Kriege in und um Europa – am Beispiel der Ukraine 23

III. Österreichs Rolle 37

Ein Ausblick **49**

Vorwort und Einleitung

Die Terrorattentate von New York im Jahr 2001, Madrid und London im Jahr 2006, Paris und Kopenhagen im Jahr 2015, verurteilen wir entschieden. Es zeigt sich nicht nur an Afghanistan oder Irak, an Libyen oder Syrien bis hin zur Ukraine, dass Anschläge und Terrorakte von den Herrschenden aller Länder dazu genutzt werden, im Namen der „Bekämpfung der Terroristen" und unter dem Vorwand der Erhaltung und des „Schutzes der demokratischen Werte" vor dem Islam, vor Russland usw. unsere Freiheitsrechte massiv eingeschränkt und abgebaut werden. Polizei und Militär werden massiv aufgerüstet und im Namen von „Frieden und Menschenrechten" werden Kriege geführt und auch im neutralen Österreich Militarisierung der Gesellschaft und Kriegshetze betrieben.

• ***100 Jahre*** nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges

• ***70 Jahre*** nach dem Ende von faschistischer Diktatur und Zweitem Weltkrieg

• ***60 Jahre*** nach der Entscheidung Österreichs für die immerwährende Neutralität als Folge der Erfahrung aus zwei verheerenden Weltkriegen und des Willens der österreichischen Bevölkerung, nicht mehr mitzumarschieren, nicht mehr für fremde Großmachtinteressen in den Krieg gezwungen zu werden.

• ***20 Jahre*** nach dem Beitritt Österreichs zur EU

hören wir wieder viel von „Nie wieder Krieg", von der „EU als größtem und einzigartigen Friedensprojekt", von den „westlichen Werten", die es zu verteidigen gilt und davon, dass unsere Neutralität heute in der EU am besten aufgehoben sei, weil wir ja von lauter EU- und NATO-Freundesländern umgeben seien.

Doch wie schaut die Wirklichkeit aus? Steigende Lebenshaltungskosten, steigende Arbeitslosigkeit, steigende Armut. Und jene, die noch Arbeit haben, verdienen zu wenig, um davon menschenwürdig leben zu können. Immer größerer Reichtum in den Händen einiger weniger, unvorstellbar elende Lebensumstände für immer mehr Menschen, besonders in der Dritten Welt.

Überall auf der Welt nehmen die verdeckt und offen geführten Kriege zu. Im Namen der „Menschenrechte" und der „Friedenssicherung" werden immer mehr Kriege geführt – ohne Kriegserklärung. Auch wieder mitten in Europa, in der Ukraine.

Weil auch in der EU Ungleichheit und Arbeitslosigkeit enorm ansteigen, sagen Politiker und Meinungsmacher, dass die EU aber immerhin ein „Friedensprojekt" sei, das uns

schon 70 Jahre vor Kriegen bewahrt hätte, dass keine EU-Länder gegeneinander Krieg geführt hätten. Zwar passt da der USA/EU-Krieg gegen Jugoslawien in den 1990er Jahren nicht ins schöne angeblich kriegsfreie „europäische Bild". Tatsächlich aber wurde da Krieg gegen ein Nicht-EU-Land geführt – aus dem „russischen Einflussbereich" herausge- bzw. zerschossen – und aufgeteilt.

In der Ukraine liefern sich USA und EU – und in der EU Deutschland allen voran – mit Hilfe der ukrainischen Oligarchen unter dem Deckmantel der EU- und Westorientierung der Ukraine einen blutigen Wettlauf zur Eroberung von Rohstoffquellen und Einflussgebieten auf dem „Weg in den Osten", sprich nach Russland und China. Dabei bediente sich der Westen zum Sturz der alten ukrainischen Regierung offen der Faschisten, ebenso wie zur Bekämpfung der breiten Gegenwehr einer ganzen Region der Ukraine. Diese führen, erstmals in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und in offener Anlehnung an die Ideologie des Hitlerfaschismus mit kräftigster Hilfe von EU/Deutschland und USA im Namen von „Freiheit und Menschenrechten", Krieg gegen die eigene Bevölkerung – und wieder gegen Russland. Wer das verurteilt, sich dagegen wehrt, wird als „Putinversteher" oder Aggressor angeprangert.

> **Wenn uns so eine Politik als Ausdruck des „EU-Friedensprojektes" ist, dann heißt das im Klartext statt echten Frieden für alle, als EU zwar (noch) nicht gegeneinander, dafür aber gemeinsam gegen andere Länder Krieg führen. Damit wird Kriegführen zum Friedensprojekt umgedeutet! So sollen die Menschen auf neue Kriege vorbereitet werden!**

Die selben Kreise, die bei uns die Jubiläums-Friedenstrommeln rühren, verbreiten gleichzeitig Angst und Schrecken, bauen Bedrohungsszenarien und Feindbilder auf (Islam, Flüchtlinge, Russland, China ...), betreiben Kriegshetze wie der „Kurier", der etwa im Leitartikel vom 19. Juli 2014 im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt direkt zur Kriegsteilnahme der EU – und damit auch Österreichs – aufruft: „Europa muss sich der Kriegsrealität stellen."

Das ist nicht unser Krieg. Wir wollen uns auch nicht zum Mitmachen zwingen lassen. Auch nicht bei Sanktionen. Was hat Österreich dort zu suchen? Welche Interessen

werden dort vertreten? Dahinter steckt das Profit- und Eroberungsinteresse der Kapitalisten, einiger weniger großer Konzerne und ihrer Staaten. Opfer sind die Masse der arbeitenden Menschen dort und hier.

Was macht das neutrale Österreich? Was können wir tun?

Für uns Österreicher und Österreicherinnen kann das nur bedeuten: keine Teilnahme an Kriegspropaganda, kein Berufsheer durch die Hintertür, also auch keine Teilnahme unseres Bundesheeres an Auslandseinsätzen, keine Teilnahme an EU-Battle-Groups, an einer EU-Armee oder an „Friedenseinsätzen" von EU/NATO, auch nicht im Namen der UNO.

Die Lehre aus zwei Weltkriegen, aus der auch die Neutralität Österreichs geboren wurde, kann daher nur sein: echte Neutralität statt Mitmachen bei medialer und diplomatischer Kriegstreiberei oder bei Militäreinsätzen in Krisengebieten oder bei Kriegen.

Neutral sein heißt nicht, wegzuschauen, wie das den Neutralitätsbefürwortern – immer hin rund 90% der Bevölkerung – von den wenigen paar Prozent Meinungsmachern gebetsmühlenartig vorgeworfen wird. Neutral sein bedeutet, n i c h t in kriegerischen Konflikte an der Seite irgendwelcher „großer Brüder" wie Deutschland, EU oder NATO mitmischen zu wollen, dabei sein zu wollen, mitkassieren zu wollen. Die arbeitende Bevölkerung hat da nichts zum Kassieren, nur zu verlieren!

Neutral sind wir hingegen nicht, wenn es darum geht die Nutznießer, die Gewinnler von Kriegshetze und Kriegsteilnahme ausfindig zu machen, zu kritisieren und sie in ihrem menschenverachtenden Tun zu behindern.

Anhand einer Fülle von Fakten und Zitaten, die in dieser Dichte kaum sonst wo zusammengestellt sind, zeigt die Broschüre die Interessen und Pläne der Kriegstreiber auf. Sie bietet eine Menge an Material für Argumentation und Diskussion. Die Broschüre ermutigt, zusammen zu finden und gemeinsam gegen die Kriegstreiber und für die Neutralität Österreichs aufzutreten.

Für ein neutrales, unabhängiges und demokratisches Österreich!

Ja zur Neutralität –
Nein zu Kriegshetze und Kriegsteilnahme!

Sergei Butorin/iStock Editorial/Thinkstock

Kriege brauchen Bedrohungsszenarien und Feindbilder

I. Naher und Mittlerer Osten

> ***„Es gibt derzeit drei Gefahren: Die Seuche, die das Ebola-Virus auslöst, die russische Aggression in Europa und die IS-Terroristen in Syrien und im Irak".*** (US-Präsident Obama auf der 69. UN-Vollversammlung am 24. 09. 2014 (1))
>
> ***„Es gibt heute eine große Seuche und das sind die USA und ihr Führungsanspruch. Sie benutzen die Ukraine und andere Länder nur als Vorwand, um weiter nach Vormacht zu streben. Die Welt steht am Abgrund eines großen Unglücks".*** (Ex-SU-Präsident Gorbatschow als Antwort auf Obama am 15. 10. 2014 (2))

Wir stimmen in diesem Fall Gorbatschow zu. Es sind die USA, die seit Jahrzehnten überall auf der Welt Kriegsherde schaffen und Kriege führen, ob in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien. Es sind die USA, die mindestens fünf Milliarden Dollar in der Ukraine investiert haben, um dort durch Putsch, mit EU-Beteiligung, eine ihnen genehme Regierung zu installieren, um das Land in die NATO einzugliedern und dort einen permanenten Kriegsherd an Russlands Grenze zu schaffen. Es sind die USA, die auch den IS (Islamischer Staat) gefördert und geschaffen haben, um im Nahen Osten einen Vorwand für weitere Kriege zu haben. Sie stehen in ihrem Herrschaftsstreben im Kampf um Einflusssphären, Absatzmärkte, Rohstoffquellen in Konkurrenz zu den europäischen Großmächten. Die USA sind drauf und dran, uns um der Profite willen in einen dritten Weltkrieg zu ziehen!

Von langer Hand vorbereitet

Die USA haben gerade im letzten Jahrzehnt wieder unsägliches Leid und Elend über die Menschen gebracht. Ihre Politik, ihre Kriege führten zur Vertreibung von ganzen Völkern und zu einem in diesem Ausmaß schon lange nicht dagewesenen Flüchtlingsstrom, der in Flüchtlingslagern in der Größe von vielen Hunderttausenden z.B. in Jordanien, Libanon, Türkei usw. endet und wo

hunderttausende Menschen unter unwürdigen Umständen leben müssen. Es sieht danach aus, als ob diese Menschen wie die Palästinenser vielleicht über Jahrzehnte in diesen Lagern hausen werden müssen. Verwüstung, Krieg und Tod haben die USA den Völkern im Nahen und Mittleren Osten gebracht! Sie haben die Region in einen Trümmerhaufen verwandelt, ob durch ihre jahrelangen Bombenangriffe auf den Irak und danach durch den Irak Boden-Krieg oder durch ihre Kriege gegen Libyen und gegen Syrien! Die USA haben durch ihre mörderische Politik Gegner dieser Politik herangezüchtet, sie haben auch für Gruppen wie Al Kaida, IS & Co. die Voraussetzung für deren Entstehen bzw. die Gruppen selbst geschaffen: IS und andere sog. Gotteskrieger wurden und werden vor allem von den USA und von Saudi-Arabien, aber auch vom türkischen Regime finanziell, logistisch und militärisch unterstützt, ihre Führer sind zum Teil US- Söldner. Mehr als 90% der Waffen, die Saudi-Arabien, Katar, Kuwait, Türkei, usw. beziehen, stammen wiederum aus den USA bzw. den EU-Staaten.

John S. McCain III, seit 1987 US-Senator für den Bundesstaat Arizona und republikanischer Gegenkandidat Obamas bei der Präsidentschaftswahl 2008, traf am 27. Mai 2013 in Idlib/Syrien den Führer von ISIS Abu Bakr Al Baghdadi! Dieser erhielt daraufhin von McCain weitere modernste Waffen, Geld und ein Training vom CIA in Jordanien. (3)

ISIS war damals Teil von Al Kaida. Die Gruppe gehörte zu den syrischen Rebellen, die mit Geld und Waffen des US-, des britischen - und des israelischen Geheimdienstes unterstützt wurden.

Zur Al Kaida hat Snowden schon Hillary Clinton zitiert, die vor Kongressabgeordneten sagte: *„Wir haben Al Kaida geschaffen"*. Dass die USA Bin Laden lange finanziert hat, ist ja bekannt. Derselbe John S. McCain III verlangt heute Waffenlieferungen für die Ukraine in Höhe von drei Milliarden Dollar.

Die USA, die heute einzige Supermacht, hat schon 2001 in ihrer Sicherheitsdoktrin verkündet, dass das US-Militär auch die Möglichkeit ausschließen müsse, dass eine andere Macht nur zu einem ernsthaften globalen oder regionalen Konkurrent auf der Welt werden könnte, sowohl auf militärischen als auch auf wirtschaftlichen Gebiet. Gegen solche Konkurrenten behalte sich die USA auch „präventiv" Atomschläge vor! (4)

Bedrohungsszenarien

Schon 1997 hat Zbigniew Brzezinski, einer der wichtigsten Sicherheitsberater der letzten US-Präsidenten, dazu geschrieben dass die *„imperiale Mobilmachung"* der USA das amerikanische *„Volk nicht zu Begeisterungsstürmen hinreißen"* wird, *„außer in Situationen, in denen nach allgemeinem Empfinden das nationale Wohlergehen bedroht oder gefährdet ist."...„Die für eine solche Anstrengung erforderliche ökonomische Selbstbeschränkung"*, das heißt die Erhöhung der Verteidigungsausgaben und damit noch höhere steuerliche Belastung des Volks und auch Verluste unter Berufssoldaten *„passen nicht ins demokratische Empfinden"*. *„Die Staatsform Demokratie ist einer imperialen Mobilmachung* (=Krieg, Anm. d. Redaktion) *abträglich"*. (5) Der Autor schreibt letztlich u.a., dass nur bei entsprechenden Feindbildern das amerikanische Volk die

US-Kriege mittragen wird. Das gleiche gilt auch für die europäischen Machthaber, ihre Aufrüstung, ihre Kriege. Im gleichen Jahr 1997 hieß es in einem wichtigen Strategiepapier von Mitgliedern der Bush-Regierung wie Dick Cheeney, Donald Rumsfeld u.a. bezüglich des Iraks:
„Das Regime von Saddam muss gestürzt werden, und der gesamte Mittlere Osten muss gemäß US- Planung umgestaltet werden. Diese Umgestaltung ist schwierig und „dauert normalerweise sehr lange, wenn nicht irgend ein katastrophales und katalysierendes Ereignis kommt wie ein neues Pearl Harbour"! (6)

Ganz wichtig für das US-Imperium ebenso für seine europäischen Konkurrenten ist es also Bedrohungsszenarien zu schaffen. Es brauchte und braucht Vorwände, Sündenböcke, Feindbilder um die Milliarden Dollar und Euro an Steuergeldern für Rüstung und Krieg vor den Menschen zu rechtfertigen, es bedarf einer umfassenden Kriegspropaganda um die Menschen, auch hier bei uns in Europa - auf weitere Kriege, neue Ausgaben für „Sicherheit" bzw. „freie westliche Werte" einzustimmen, um uns an die Vorbereitungen für die Teilnahme an neuen Kriegen zu gewinnen. Die USA brauchen die EU-Großmächte als Brückenkopf für ihre Kriegspolitik in Eurasien, diese machen mit und verfolgen dabei ihre eigenen Interessen. Die Herrschenden brauchen eben **ein kontinuierliches Bedrohungsszenario um uns an regelmäßiges Kriegführen durch die USA und die europäischen Großmächte zu gewöhnen.**

IS - „Islamischer Staat"

Heute ist es u.a. der IS, der von den USA in Syrien und Irak bombardiert wird. Der IS, der seine Geld, Waffen etc. von denen erhielt und noch erhält, von denen er nun bombardiert wird. Die IS- Bedrohung wurde und wird durch die US-Politik direkt gefördert und auch geschaffen. Heute hält der IS, mit ca. 20.000 Mann angeblich die USA, die stärkste Militärmacht der Welt, in Atmen. Er taucht auf einmal im Juni 2014 auf, man wisse nicht wieso und sei seit damals die stärkste regionale Macht sodass es laut US-Militärs 30 Jahre brauchen wird, ihn zu besiegen. Was für eine Show! Der US-Geheimdienst NSA kann z.B. sämtliche Daten aller Österreicher mühelos überwachen und weiß nichts über den IS? Und die Supermacht USA brauche 30 Jahre um den IS zu besiegen? Ein abgekartetes „Spiel". Die USA kann gar keinen längeren Frieden brauchen! Sie brauchen die Bedrohung durch „islamische Terroristengruppen". Sie

Quelle: Wiener Zeitung

haben schon vor dem Irak-Krieg von einer Dreiteilung des Iraks gesprochen, in einem schiitischen, sunnitischen und kurdischen Teil. Alle drei Gruppen hetzten sie gegeneinander auf, verkaufen ihnen Waffen, finanzieren ihnen genehme Machthaber. „Teile und Herrsche", das praktizierten schon die alten Römer!

Zuerst bombardieren die USA souveräne Staaten, zerstören alles und produzieren damit so genannte „failed states" (gescheiterte Staaten) und Terrororganisationen, die zum Teil oder ganz von ihnen geschaffen und finanziert sind, um schließlich vorgeben zu können, diese vor Ort „bekämpfen" zu müssen. Das nennen sie dann Kampf gegen den weltweiten „islamischen Terrorismus".

US-Kriege und Regime-Wechsel im Nahen und Mittleren Osten:

➝ *Irak*

Bereits vor dem offenen Krieg der USA gegen den Irak im Jahr 2003, gab es schon längst US-Pläne für weitere Kriegsschläge gegen den Irak.

2002 schrieb die angesehen amerikanische Zeitschrift Atlantic Monthly unter dem Titel „Amerika über alles" über die Pläne zur *„Zivilisierung des Mittleren Ostens"*: *„Zuerst müssen wir den Irak zu unserer militärischen Ausgangsbasis für die Neuordnung der arabischen Welt machen..."* *„Nach der Besetzung des Iraks sollen u.a die arabischen Ölstaaten unter den „Schutz" der USA gestellt werden.... „ Auf diese Weise landet die größte Energiequelle der Welt endlich im Hafen jener Macht, die 40% der gesamten Erdölproduktion verbraucht, den USA."* ... *„ Eine Investition die sich lohnt,"* schreibt der Autor weiter. (7)

Der US-General Wesley Clark, der 1999 den US-Angriff auf Serbien und Montenegro dirigierte, schrieb 2003, dass es seit 10 Jahren einen Geheimplan von Bush zum US- Krieg gegen sieben Länder gab. Da heißt es: *„Als ich im November 2001 durch das Pentagon zurück lief, hatte einer der älteren diensthabenden Militäroffiziere Zeit für eine Unterhaltung. Ja, wir sind nach wie vor dabei, gegen den Irak vorzugehen, sagte er. Aber da war noch mehr. Dies ist als ein Teil eines über fünf Jahre geplanten Feldzugs diskutiert worden, sagte er, und da gab es insgesamt sieben Länder, angefangen mit dem Irak, dann Syrien, Libanon, Libyen, Iran, Somalia und Sudan."*(S.130)… *Und General Clark endet: „Gewiss, dies ist völlig identisch mit dem Masterplan der US-Neokonservativen ‚Neugestaltung von Amerikas Verteidigung'".* (8)

2001 hatte also das Pentagon, das US-Verteidigungsministeriums, man müsste es unbedingt Kriegsministerium nennen, schon 5-Jahres-Pläne zum Krieg gegen den **Irak**, **Syrien**, Libanon, **Libyen**, Iran, **Somalia** und Sudan. Gegen die fettgedruckten Länder führten die USA dann auch schon Krieg, in Libanon tat es Israel für sie. Das für den Irak-Krieg 2003 **inszenierte Bedrohungsszenario** war die CIA-Lüge dass Sadam Hussein **Massenvernichtungswaffen** besitze und somit der „Westen" bedroht sei. Das diente als Vorwand für den Irak-Krieg 2003. Die Kriege der USA im Irak haben seit 2003 ca. zwei Millionen Menschen das Leben gekostet!

Ihre Politik im Irak bedeutete: Keine Befreiung sondern die Zerbombung und Verwüs-

tung der Städte und des Landes, zum Teil auf lange Zeit unbewohnbar, zum Teil auch radioaktiv verseucht, weiters zwei Millionen Flüchtlinge im Land und zwei Millionen Flüchtlinge ins Ausland geflohen! Die Mehrheit der Bevölkerung hat weder elektrischen Strom noch Trinkwasser. Die medizinische Versorgung, früher die beste im Nahen Osten, funktioniert nicht mehr. Die Lage im Land wird stetig schlechter, immer instabiler. Die USA bewaffneten die schiitischen und die sunnitischen Milizen und hetzen sie bewusst gegeneinander auf. So wurde der Irak durch den US-Krieg nicht zuletzt auch zur Brutstätte von sog. Gotteskriegern gemacht.

➔ ***Libyen***

Auch der Krieg gegen Libyen 2011, einem weiteren Land auf der US-Eroberungsliste, war von den USA lange vorbereitet. In Libyen diente als **Vorwand** die Lüge, dass Gaddafi die Luftwaffe gegen friedliche Demonstranten einsetze, die eigene Bevölkerung abschlachten würde. Doch selbst US-Verteidigungsminister Robert Gates gab an, dafür keine Beweise gesehen zu haben. Dennoch haben die USA, Großbritannien und Frankreich dann, wie es hieß, um die Zivilbevölkerung zu schützen, in ihrem sog. **„Krieg gegen den Terror“** u.a. ca. 9600 Bombenangriffe geflogen und ca. 30.000 Bomben abgeworfen. Bilanz insgesamt ca. 50.000 getötete Libyer. Das alles diente weder dem „Schutz“ noch der „Freiheit“ von Menschen sondern nur der Freiheit für weiterer Profite, eine echte Bombenwirtschaft. In Wirklichkeit ging es um die größten Ölvorräte eines afrikanischen Landes, den Reichtum an Süßwasser und darum, Ghaddafis Pläne zu verhindern, u.a. mit dem Erdölgeld die afrikanischen Staaten mittels eines afrikanischen Währungsfonds und einer Afrika-Bank von den USA und dem IWF unabhängiger zu machen. Es ging auch darum, Chinas Wirtschaftsbeziehungen mit Libyen bzw. in der Region zu zerstören. Jede autonome Politik der arabischen bzw. afrikanischen Staaten sollte unterbunden werden, die USA wollten die US-Vorherrschaft über Nordafrika. Heute kämpfen in Libyen verschiedene Clans, auch sog. dschihadistische Milizen und Söldnertruppen zum Teil gegeneinander, ein Teil ist nach Syrien weitergezogen, um dort Assad zu stürzen. Im Land herrschen Chaos und Gewalt. Während die Öl-Gewinne vorwiegend in die Kassen der westlichen Öl-Konzerne bzw. der Waffenverkäufer fließen, zahlt die Bevölkerung die Zeche.

„Eine zentrale Rolle bei der Organisation des Aufstands in Libyen spielte die Nationale Front für die Rettung Libyens (NFSL), die schon 1982 mit israelischer und US-amerikanischer Unterstützung gegründet wurde, um Gaddafi zu stürzen. Unter Führung des zur CIA übergelaufenen Kampfgefährten Gaddafis, Khalifa Haftar, legte sie sich 1988 mit der Libyschen Nationalarmee (LNA) auch einen militärischen Arm zu. Die von den USA ausgerüstete kleine Untergrundarmee unterhielt in Virginia ein Trainingscamp und führt seit den 1990er Jahren Aufstandsversuche und Terroraktionen in Libyen durch“.... „Die militärisch erfahrensten Kämpfer waren ausgerechnet radikal-islamische Veteranen, die in Afghanistan und im Irak gegen US- und NATO-Truppen kämpften und als Ableger von Al Kaida gelten. Ein Teil von ihnen ist in der Libyschen Islamischen Kampfgruppe organisiert (LIFG), die bereits in den 1990er Jahren Anschläge in Libyen durchführte“. (9) Diese Gruppe kämpfte in den 1990iger Jahren in

Kooperation mit dem CIA in Bosnien u. im Kosovo. Nach den Anschlägen von New York (11.9. 2001) war sie auf der Terrorliste der UNO. Da waren sie die „böse Al Kaida!“ 5000 von ihnen wurden von der Liste gestrichen, damit sie über Ägypten nach Libyen einreisen konnten. Sie kämpften dann gegen Gaddafi. Nun sind sie die „gute Al Kaida“! (10) Es gab Warnungen im Westen, dass sie später die Waffen gegen den Westen richten könnten. So war es mit den Mudjahedin bzw. Taliban in Afghanistan, die ja zunächst vom Westen finanziert wurden. Aber das hat die USA u. die anderen Großmächte nicht nur nicht gestört, im Gegenteil, sie brauchen die „Feinde“ als Vorwand für ihre imperialistische Kriegspolitik.

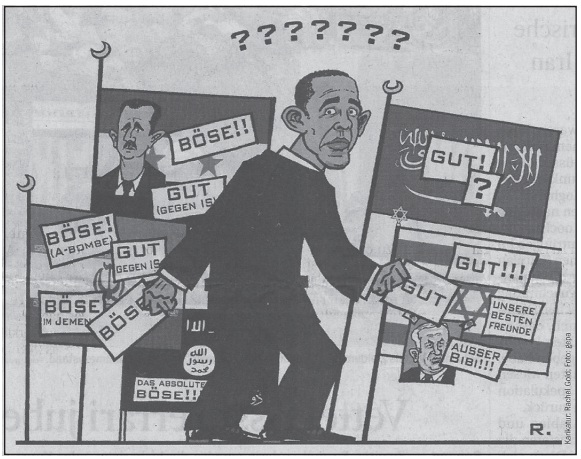
➝ ***Syrien***

Was sich schon beim Krieg des Westens gegen Libyen 2011 zeigte, wiederholt sich heute in Syrien.

Beim Krieg gegen Syrien dienten als **Bedrohungsszenario** vor allem die **Chemiewaffen**, von denen der Westen behauptet, Assad habe sie gegen die Opposition eingesetzt. Es wurde jedoch längst nachgewiesen, dass die Chemiewaffen (Sarin) in Syrien nicht aus syrischen Armeebeständen stammten, wie bei uns bis heute behauptet wird, sondern sie sind von den Westmächten bzw. deren Verbündeten Saudi-Arabien bzw. der Türkei der syrischen Opposition zur Verfügung gestellt worden! (11)

EU und USA haben den Krieg in Syrien mit allen Mitteln gefördert, um das Assad-Regime zu Fall zu bringen.

Auch IS und seine Vorläufer, wurden wie erwähnt, vom Westen in den Nachbarstaaten aufgerüstet und trainiert, um Syriens Präsident Assad zu stürzen. Die Ausbildner stammen aus den USA, Frankreich und Großbritannien. Die Führer dieser Gruppe sind zum wesentlichen Teil Söldner der USA bzw. der westlichen Staaten. Die EU hat dann noch ihrerseits prompt für die Gebiete, die die syrische Opposition besetzte, das Waffen- und Ölembargo aufgehoben und dadurch viel Geld und Waffen für die sog. Dschihadisten bereitgestellt.



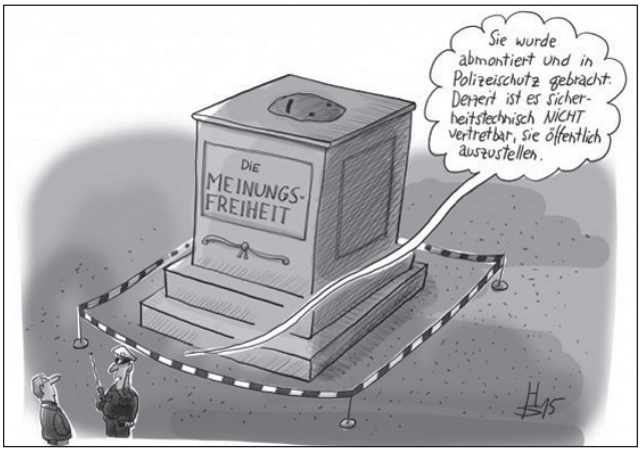
Quelle: Tiroler Tageszeitung, 30. 03. 2015

Fazit: ca. 210 000 Tote, ca. 800.000 Verwundete, 11 Millionen Syrer (50% der Bevölkerung) auf der Flucht.

Die Kriegspolitik der USA und der europäischen Großmächte hat zu immer mehr Gewalt, Chaos, Armut und Stärkung des religiösen Fanatismus geführt. IS & Co sind durch die Kriegspolitik des Westens geschaffen worden. Und sie befördern die Geschäfte des Westens.

Rüstung und Krieg sind ein riesiges Geschäft

Nach dem Beginn des IS-Feldzugs stieg z.B. der Aktienkurs des größten Rüstungskonzerns der Welt, der US-Firma Lockheed Martin, im 3.Quartal 2014 im Vergleich zum Vorjahrszeitraum um 20%. (2012: 36 Milliarden Umsatz aus dem Waffenverkauf) Und die US-Firma Raytheon erhielt Ende September 2014 von der US-Marine einen 250 Millionen Dollar Auftrag zur Lieferung von Tomahawk-Lenkraketen die von Kriegsschiffen abgefeuert werden. Allein am 23.9. 2014, dem ersten Tag der Luftangriffe auf Syrien, feuerten US-Kriegsschiffe 47 Tomahawks ab. Kosten pro Rakete 1,4 Millionen Dollar! Nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums holt sich Obama vom Kongress Ende 2014 das (wohl formale) Okay für weitere 3,2 Milliarden Dollar zur Finanzierung der Luftangriffe auf den IS.



Quelle: Cicero

Krieg gegen den Terror

Als Vorwand dient den USA, wie bekannt, der sogenannte permanente „Krieg gegen den Terror", insbesondere der „Krieg gegen den islamistischen Fundamentalismus".

Der „Krieg gegen den Terror" ist u.a. ein riesiges, nicht enden wollendes Geschäft der US- Wirtschaft auch bezüglich der „Sicherheit". Schon unter Georg W.Bush wurden z.B. 270 Milliarden Dollar jährlich aus Steuergeldern unter dem Titel „Sicherheit" als lukrative Aufträge an private Firmen vergeben. Es hat sich ein riesiger Markt für die sogenannte „Terrorismusbekämpfung" im In-und Ausland entwickelt. Überwachungssysteme sind ein Beispiel dafür. „Terrorismusbekämpfung" im Ausland ist ja überhaupt eine Hauptlegitimation für die gesamte Aufrüstung des US-Militärs, für ihre Stützpunkte, für ihre Präsenz auf allen Kontinenten, in allen Weltmeeren.

Die unter der Bevölkerung systematisch geschürte Angst wird auch dazu missbraucht, die Macht der Polizei, der Geheimdienste, des gesamten Überwachungsapparates auszubauen.

Der Aufbau eines Feindbildes zur Rechtfertigung der immer weiteren Erhöhung der sogenannten Verteidigungsausgaben, besser genannt „Angriffsausgaben", geht einher mit der Förderung eines aggressiven Nationalismus, mit immer weiteren Einschrän-

kungen der demokratischen Rechte in der als ach so „frei“ geltenden USA.

Die USA haben sich schon am 20.9.2002 eine neue Sicherheitsdoktrin gegeben. Danach spricht die USA selbst von ihrer „unvergleichlichen Militärmacht“ und gibt sich von nun an das Recht zum „präventiven Erstschlag“ und zwar, gegen jeden den sie als „Terroristen“ oder „Schurkenstaaten“ ins Visier genommen haben. Dazu zählten sie schon 2001, wie erwähnt, u.a. Irak, Iran, Libyen, Somalia, Sudan und Syrien.

In Wirklichkeit geht es um Rohstoffquellen und Absatzmärkte für die großen Konzerne, geht es um die Errichtung von Außenposten und Militärbasen v. a. im Nahen und Mittleren Osten, in Kleinasien u. Zentral-asien. Es geht darum, Russland wirtschaftlich und militärisch zu schwächen und sich für einen Angriff auf China vorzubereiten. Es geht um die US-amerikanischen Weltherrschaftspläne!

Die USA, die einzige Supermacht, ist der gefährlichste und aggressivste Staatsterrorist der Welt.
Ihre Konkurrenz mit den großen europäischen Mächten stellt letztlich die größte Bedrohung für den Frieden dar.

+ +

Quellen:

1) www.lessentiel.lu/de/news/story/29230068 15. 10. 2014 zitiert nach der Rede von Barack Obama bei der 69.UN-Vollversammlung am 24. 09. 2014
http://iipdigital.usembassy.gov/st/english/texttrans/2014/09/20140930309091.html#axzz3WE9sek6k

2) http://www.focus.de/politik/deutschland/25-jahre-mauerfall/vater-der-deutschen-einheit-gorbatschow-warnt- 05. 10. 2014 deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/.../gorbatschow-die-welt-steht-am-ab... 06. 10. 2014!!

3) http://talkandchats.blogspot.co.at/2014/08/abu-bakr-al-baghdadi-met-john-mccain.html

4) Neue US-Sicherheitsdoktrin: Bush flirtet mit dem Nuklearfeuer www.spiegel.de ›Politik› Deutschland, Severin Weiland, 21. 06. 2002

5) Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht, 1994

6) PNAC= Project for the New American Century-Rebuilding Americas's Defences 1997, S. 51, Dick Cheney, Donald Rumsfeld u. Andere

7) Robert D. Kaplan „The Atlantic“ Nov.1, 2002: A Post-Saddam Scenario

8) Wesley Clark: Winning Modern Wars, 2003 u. Neugestaltung von Amerikas Verteidigung = Rebuilding Americas's Defences, Projekt für ein neues America–PNAC, August 2000.

9) J.Guilliard: Der Krieg gegen Libyen und die Rekolonialisierung Afrikas. 02. 05. 2011

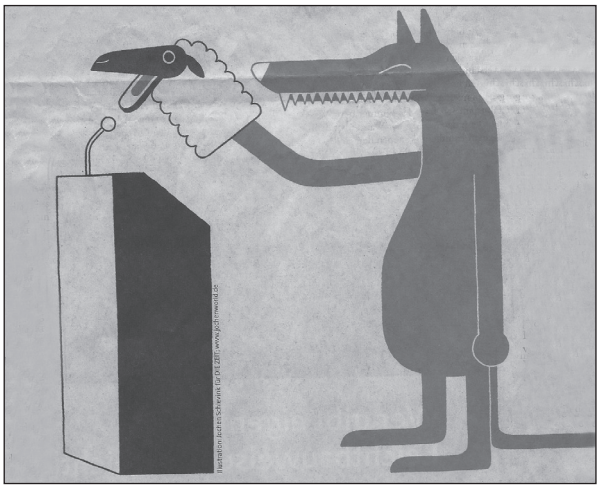
10) Erhard Crome: Der libysche Krieg des Westens

11) Jonathan Cook: Medienmanipulation: Seymour Hersh deckt weitere Syrien-Lügen auf : in Kopp online 08. 04. 2014

II. Kriegsvorbereitungen und Krieg in und um Europa – am Beispiel der Ukraine

Der Krieg in der Ukraine kann und soll die europäischen Völker auf Betreiben der US-Imperialisten und Ihrer europäischen Konkurrenten letztlich in einen Krieg gegen Russland führen!

In der Ukraine ist eine Regierung von Milliardären durch einen von den USA und der EU mit Hilfe von Faschisten betriebenen an die Macht gekommen. Diese Oligarchenregierung führt einen Krieg gegen die eigene,



Sie reden von Freiheit und Frieden und rüsten zum Krieg. Quelle: Die Zeit

vor allem russischsprachige Bevölkerung. Die Ukraine, das flächenmäßig größte Land Europas, liegt zwischen EU- bzw. NATO-Staaten und Russland. Sie war und ist für die USA und die großen EU-Mächte strategisch von großer Bedeutung und deshalb seit mehr als 10 Jahren Ziel mehrerer Umstürze.

Die Drahtzieher

Schon 2004 finanzierte der US-Milliardär Soros den 1. Umsturz, die sog. „Orange Revolution", um mit Julia Timoschenko eine Politikerin für den Westen an die Macht zu bringen. 5 Milliarden Dollar haben die USA nach eigenen Angaben allein bis Ende 2013 in der Ukraine investiert, um einen „Regierungswechsel" vorzubereiten. Das hat V. Nuland, Abteilungsleiterin im US-Außenministerium auch öffentlich erklärt. Über Jazenjuk, den jetzigen Premierminister, sagte sie ein paar Wochen vor dem Putsch in einem abgefangenen Telefongespräch mit dem US-Botschafter in der Ukraine: „*Jaz ist unser Mann*". (1) Jazenjuk, der US- Favorit, wurde nach dem Putsch auch tatsächlich Premierminister der Ukraine. Und der US-Journalist St. Cohen hatte schon am 11. Februar 2014, also 11 Tage vor dem Putsch in der Ukraine, aus US-Diplomatenkreisen berichtet, dass die USA planten, eine neue anti-russische Regierung in der Ukraine zu installieren und

den gewählten Präsidenten *„zu verdrängen oder zu neutralisieren“*. Das bedeute einen Staatsstreich, warnte Cohen, bevor es dazu kam. (2)

Die EU - und hier führend Deutschland - haben sich über Jahre hinweg ebenfalls maßgeblich an der Vorbereitung und dem Zustandekommen des „Westputsches“ in der Ukraine beteiligt. So flossen z.B. allein aus EU-Geldern des sog. Europäischen Nachbarschaftsinstruments fast 1 Milliarde Euro zwischen 2007 und 2013 ins Land. Der Großteil davon war dafür bestimmt, die ukrainische Verwaltung für das sog. EU-Assoziationsabkommen zu „gewinnen“.

Ukraine: Handel mit Russland und EU?

Der mit der Mehrheit der Stimmen 2010 gewählte Präsident Victor F. Janukowitsch wollte sowohl die für die Ukraine zentralen Wirtschaftsbeziehungen mit Russland beibehalten als auch mit der EU Abkommen schließen, aber kein Militärabkommen mit der EU. Die EU-Chefs lehnten das ab. Das war der Hauptgrund dafür, dass Janukowitsch die Unterzeichnung des EU-Abkommens im November 2013 verweigerte. Spontane Volksbewegungen am Maidan gegen die Missstände des Janukowitsch-Regimes wurden dann am 22.Februar 2014 von rechten und faschistischen Kräften vereinnahmt, um einen Putsch durchzusetzen.

Während höchstrangige EU- und US-Vertreter (US-Außenminister Kerry) noch am Tag des 22.Februar mit Janukowitsch eine Verfassungsreform und Präsidenten-Neuwahlen ausverhandelten und unterzeichneten, kam es in derselben Nacht zum Putsch! Poroschenko und Jazenjuk waren die Favoriten der USA, Klitschko der Favorit der Herrschenden in Deutschland. Die USA setzten sich durch (Nuland: *„Fuck the EU“*), Jazenjuk wurde Premier, Poroschenko Präsident und Klitschko Kiewer Bürgermeister. Das bei der Bevölkerung verhasste Oligarchenparlament blieb weitestgehend bestehen, bereichert durch den „Rechten Sektor“ und andere Faschisten. Das EU-Abkommen wurde mittlerweile von Poroschenko unterschrieben und bedeutet das Ende der bevorzugten Wirtschaftsbeziehungen der Ukraine mit Russland, weil das Abkommen die Ukraine wirtschaftlich einseitig dem EU-Kapital öffnet, den Ruin eines größeren Teils der ukrainischen Industriebetriebe und letztlich die „Übernahme der neuen offensiven EU-Militärpolitik“ sowie das Ziel einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine bedeutet. Sofort führten der Umsturz zu Kriegshetze gegen Russland und zum Krieg im Land gegen die eigene, vor allem russisch-stämmige, Bevölkerung. *„Es geht um den Anschluss der Ukraine an die westlichen Militärbündnisse“*...Und: *„Manche Staaten in der EU, sicher aber auch die USA, setzen darauf, die russische Wirtschaft für Jahre in die Rezession zu zwingen.“* (3) Anlässlich des NATO-Beitrittsansuchens der Ukraine im August 2014 sagte NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen u.a., *„dass der NATO-Beitritt der Ukraine auf dem Bukarester Gipfel 2008 beschlossen wurde.“* (4)

USA-EU-Machtkampf um die Ukraine: USA der Sieger

Längst gab es in dem Nicht-NATO Land Ukraine Nato-Manöver. US-Militärs trainierten faschistische Freiwilligen-Bataillo-

ne. Im Übrigen wurden vom CIA bei Warschau die ukrainischen Faschisten trainiert, die dann am 22.Februar 2014 am Maidan in Kiew den Putsch durchzogen. Der ORF machte rechtsextreme Kräfte maßgeblich für die blutige Eskalation in Kiew verantwortlich, die auch Scharfschützen auf die Straßen von Kiew geschickt haben. (ORF 20. 02. 2014)

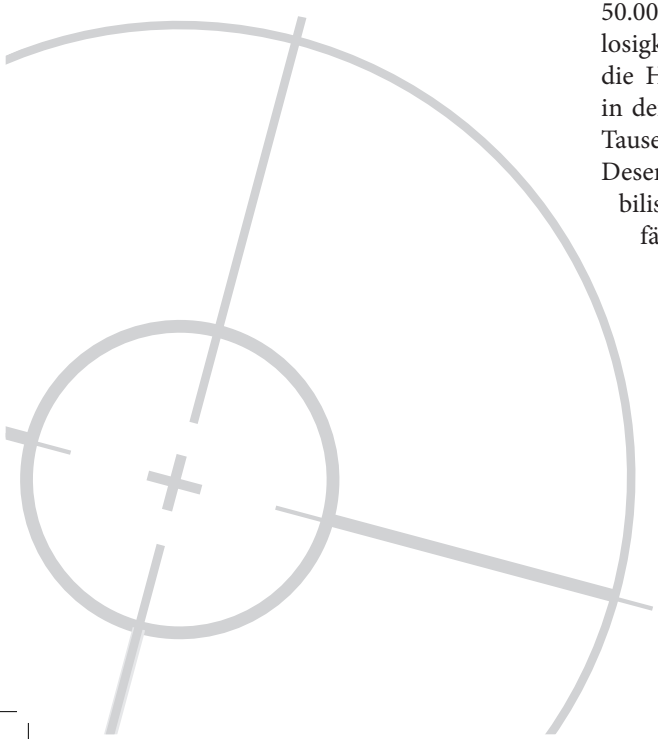
Dazu sagte der estnische Außenminister in einem Telefonat mit der damaligen EU- Außenbeauftragten Cathrin Ashton, dass nach seinen Informationen die Scharfschützen, die in Kiew auf Demonstranten und Polizisten geschossen haben, von den Führern der Maidan-Bewegung angeheuert wurden! (The Guardian, 05. 03. 2014)

Die neue Regierung ist prowestlich, antirussisch und hat vier ranghohe Neofaschisten als Mitglieder. Nach dem Putsch wurde und wird ein mit Krediten vom Internationalen Währungsfond, der USA und der EU vom Ausland finanzierter und mit Truppen und Gerät unterstützter Krieg geführt, der sich unter dem „Vorwand einer Anti-Terror-Aktion" gegen die Zivilbevölkerung im Osten richtet, die das nicht hinnehmen will. Die USA regieren personell direkt in der Ukraine! So ist die neue ukrainische Finanzministerin N.A. Jaresko US-Staatsbürgerin. Sie war vorher US-Investmentbankerin. Und die USA streben u.a. die Privatisierung der ukrainischen Energiewirtschaft – Öl, Gas und erneuerbare Energien - an. Hier sollen sich vor allem US-Konzerne die Rohstoffe des Landes billigst aneignen können. So erhielten etwa die US-Konzerne Chevron, Exxon und der holländisch-britische Shell-Konzern Schürfrechte für Gas und Schiefergasfelder. Weiters hat z.B. der Sohn von US-Vizepräsident Joe Biden den Chef-Posten beim größten privaten Gashändler der Ukraine, der Burisma Holding erhalten(5). Die Firma verkauft außerdem russisches Gas, in der Ukraine selbst gibt es derzeit nur wenige aktive Gasfelder! Und die ukrainischen Atomkraftwerke (AKWs) kaufen nun ihre Brennstäbe vom US-Konzern Westinghouse. Russland, das bisher ukrainische AKWs mit Brennstäben belieferte, warnt, dass speziell die Produkte von Westinghouse bei der Verwendung in sowjetischen Reaktoren vom Typ WWER-1000 Risiken bergen würden, da sie mit Sicherheitseinrichtungen dieser Reaktoren nicht kompatibel seien.

Die Folgen für die Bevölkerung

Es geht überhaupt nicht um das Wohl der ukrainischen Bevölkerung, im Gegenteil: Sie hat von all der „Hilfe des Westens" nichts als noch höhere Preise und noch höhere Arbeitslosigkeit. Trotz internationaler Milliardenhilfen hat die ukrainische Währung (Griwna) innerhalb eines Jahres um 70% gegenüber dem Euro an Wert verloren, sodass der Mindestlohn unter den Wert von Ghana gefallen ist. Ein Arbeiter in der Ukraine hat derzeit noch Anspruch auf umgerechnet 37,80 Euro im Monat! (Die Presse, 26. 02. 2015) Das ist gut für die Exporte der Oligarchen, ein Segen für die westlichen Investoren, die die Ukraine als verlängerte Werkbank der Konzerne und Lohndrücker für die EU- und USA-Arbeiter nutzen! Katastrophal ist dies jedoch für die ukrainische Bevölkerung. Weiters dürfen nur mehr 3.000 Griwna pro Tag in Devisen umgetauscht werden, vorher war es der fünffache

Betrag. (Wiener Zeitung, 23. 09. 2014) Es kommt zu einer weiteren Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen: weitere Erhöhung der Gas-, Strom- und Fernwärmetarife. Der Ostukraine, der eigenen Bevölkerung, sperren die Kiewer Oligarchen sogar das Gas ab und ließen sie mitten im Winter 2015 frieren.(Die Presse, 26.2.2015) Ein Lohn- und Rentenstopp ist bis auf weiteres erlassen. Auf Druck der US-Geldgeber droht auch die Entlassung von bis zu 230.000 öffentlichen Bediensteten. Der schon 2014 um 50% erhöhte Gaspreis steigt auf Verlangen des IWF ab April 2015 um nochmals 30%. Der Preis für Kaltwasser stieg um 130%, der für Warmwasser um 70%, Heizen um 90%, Eisenbahnfahren um 30%. Die Inflationsrate beträgt 25%! Die Bevölkerung zahlt die Rechnung für Misswirtschaft und Krieg.



Die Mindestrente, über die 80% der Rentner nicht hinauskommen, liegt bei 80,00 € im Monat. Die durchschnittlichen Arbeitskosten (Bruttolöhne und Lohn-Nebenkosten) in der Ukraine liegen mit 2,50 Euro pro Stunde unter denen Chinas (3,17 Euro), in Deutschland betragen sie 35,66 Euro brutto.(6) Davon bleiben dann den Beschäftigten in der Ukraine ca. 1,25 Euro, denen in Deutschland ca. 17,80 Euro brutto in der Stunde.

Das Volk soll zahlen:
Die „neue Freiheit" heißt noch mehr Not, Unterdrückung und Krieg

Das ukrainische Volk erhält auf „Befehl" der USA und der EU von seinen Oligarchen-Milliardären die Einberufung zum Bürgerkrieg (Mobilmachung) gegen die eigene Bevölkerung. Verletzte und bis zu geschätzten 50.000 Tote (7) und noch mehr Hoffnungslosigkeit sind die Folge. Das Land geht vor die Hunde. Ca. 2,4 Millionen Flüchtlinge in der West-und Ostukraine, über 500.000 Tausend davon Binnenflüchtlinge, 10.000 Deserteure. 100.000 Reservisten sollen mobilisiert werden, Ausreiseverbot für wehrfähige Männer von 20 – 64 Jahren. *„Laut dem Migrationsdienst des Bundes sind 2 Millionen 430 Tausend Staatsbürger der Ukraine jetzt in Russland, einschließlich 1 Million 172 Tausend Männer im Militäralter,"* schreibt sogar der Chef einer westukrainischen Meinungs-und Soziologieforschungsfirma in Kiew! (8). Würden die Ukrainer Russland als Feind und Bedrohung ansehen, würden sie nicht dorthin flüchten. Das ukrainische

Parlament hat im Übrigen beschlossen, Kommandanten zu erlauben, Soldaten bei Desertation standrechtlich zu erschießen. Während das Volk zahlt und blutet, wurde das ukrainische Militärbudget nun von 1,2 auf 2,4 Milliarden Dollar verdoppelt und die Armee soll auf 250 000 Soldaten aufgestockt werden. Der Krieg kostet ca. 250 Millionen Dollar pro Monat.

So schaut also die von den USA, Deutschland und der EU bewirkte „neue Freiheit und Demokratie" von Jazenjuk, Poroschenko und Klitschko für die Bevölkerung aus. Das ist der Boden vor allem für die radikalen Rechten in Politik, Parteien und in den diversen „Nationalgarden", die parallel zur regulären ukrainischen Armee ihr tödliches Unwesen treiben, im Donbass kämpfen und die „Ukrainisierung" und ethnische Säuberung der Ukraine von Russen und Juden fordern. Das heißt, sie streben die Vertreibung der russischen Bevölkerung in der Ostukraine an! Der Kommandeur des ukrainischen Freiwilligen-Bataillons Donbass, Semen Semenchenko, hat die Schaffung eines eigenen Generalstabs der Freiwilligen- Verbände und des „Rechten Sektor" angekündigt in dem auch rechte Söldner aus Europa kämpfen! Er verkündete auch, dass es *„nur eine militärische Lösung"* geben kann. (9) Zudem forderte der stellvertretende ukrainische Außenminister Vadym Prystaiko am 23.2.2015 in den USA im CBC Radio u.a. vom Westen das ganze Spektrum tödlicher Waffen (sprich Atomwaffen), um die Atommacht Russland bekämpfen zu können. Er spricht also davon, einen Atomkrieg zu entfesseln! (10)

Das ukrainische Volk will keinen Krieg gegen die russisch-ukrainische Bevölkerung im Osten und gegen Russland. Die Menschen in der Ukraine wollen dem Westen nicht als Kanonenfutter dienen.

Aufstand der Soldatenmütter

Was sich in der Ukraine nicht nur im Osten, sondern auch in der Westukraine abspielt, schildert der Historiker der Uni Wien, M. Kaltenbrunner, aus der **westukrainischen** Region Iwano Frankiwsk:

„Ich treffe den Bürgermeister, er ist außer sich vor Zorn: 'Wenn ich in die Armee eingezogen werde, nehme ich ein Maschinengewehr und schieße die Banken der Oligarchen zusammen!' ...

Zahlreiche Menschen arbeiten seit Jahren im Ausland – in Italien, Spanien, Tschechien, Polen und Russland. Auch der Bürgermeister sagt: ‚Ehrlich ..., ich will wieder nach Moskau, dort verdiene ich wenigstens genug zum Leben.' Männer aus dem Dorf sollten dieser Tage zur Armee eingezogen werde ... viele sind nicht auffindbar, die Nachbarn schweigen, wenn die Stellungskommission nachfragt ... Für den Donbass in den Krieg ziehen will in der Westukraine, Hochburg des ukrainischen Nationalismus, kaum jemand." (Die Presse 11. 09. 2014)

Spätestens seit die ersten toten Soldaten, meist sehr junge Menschen, von der „Ostfront" auch in der Westukraine zu beklagen sind und die Regierung die Kriegssteuer einführte, gibt es den „Aufstand der Soldatenmütter", die die Einberufungsbefehle bei wütenden Demonstrationen öffentlich zerreißen oder verbrennen. (Wiener Zeitung, 02./03. 08. 2014)

Krim: Vorwand, nicht Ursache für den Ukraine-Konflikt!

Entgegen aller Lügenpropaganda ist es nicht Russland, das die „freie Welt" bedroht!

Schon 2005 hatte der ukrainischen Außenminister der prowestlichen Timoschenko-Regierung den Abzug der russischen Schwarzmeerflotte von der Krim verlangt. Und lange vor dem Maidan-Putsch hat der jetzige ukrainische Präsident, der Milliardär Poroschenko, den USA nach dem „Ende" des Janukowitsch-Regimes eine NATO-Marinebasis auf der Krim angeboten! Sein Vorgänger, der von der Mehrheit gewählte Janukowitsch, hatte 2010 den Vertrag mit Russland zur Stationierung der russischen Flotte bis ins Jahr 2042 verlängert. Dafür gewährte Russland der Ukraine einen Rabatt von 100.- Dollar je 1000 Kubikmeter Erdgas, d.h. ca. 3,5 Milliarden Dollar Ersparnis pro Jahr. Die russische Schwarzmeerflotte ist seit je her auf der Krim in Sewastopol stationiert, dem einzigen Hafen, der wirklich die gesamte Schwarzmeerflotte aufnehmen kann, ihr Schutz und entsprechende Logistik bietet. Das Schwarze Meer ist für Russland aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen enorm wichtig. Es schafft den einzig ganzjährigen Zugang zu den Weltmeeren und ist das einzige Ausfallstor aus der NATO-Einkreisung. Für die USA ist das Schwarze Meer seit langem „ein Kernelement des strategischen Hinterlandes des Westens"- „die Nahtstelle zwischen der NATO und dem Größeren Nahen Osten".(11)

Ein geplanter NATO Stützpunkt dort hätte für Russland geostrategisch-militärisch katastrophale Folgen, würde eine direkte Bedrohung des Landes darstellen. Deswegen hat Putin als Folge des Putsches in Kiew, die Krim, nach deren Sezession und einer Volksabstimmung (93% pro-Stimmen), in Russland aufgenommen. Selbst Präsident Obama hat in einem Interview u.a. bestätigt, dass „*Putin seine Entscheidungen bezüglich der Krim und der Ukraine*" ... getroffen hat, „*nachdem wir einen Deal zur Machtübergabe (in der Ukraine) ausgehandelt haben*."(12) Das heißt, selbst der US-Präsident gibt zu, dass Putin erst bezüglich der Krim reagiert hat, nachdem die USA den „Deal" zum Staatsstreich in der Ukraine „ausgehandelt" haben. Ein US-Informationsdienst, der dem Militär und dem Geheimdienst nahe steht, sprach im Dezember 2014 in Bezug auf die Ukraine von einem von den USA dort geführten Putsch als den „*unverhülltesten Staatsstreich in der Geschichte*." (13) Im Übrigen absolvierte die NATO im März 2015 ein Seemanöver im Schwarzen Meer, an dem auch die bulgarische, rumänische und türkische Marine teilgenommen hat.

Die NATO unter Führung der USA rüstet für den Krieg im Osten Europas.

Im Juni 2014 gab es in der Ostsee im Baltikum NATO-Marinemanöver. Seit Sept. 2014 patrouillieren deutsche Eurofighter für die NATO an der Ostgrenze. Im Frühjahr 2015 kommt eine US-Fallschirmjäger Einheit nach Polen. Die NATO übt seit 2014 auch für den Bodenkrieg in Osteuropa. Im März 2015 schickten sie 3000 US-Soldaten für ein Manöver ins Baltikum. Fast 750 Fahrzeuge sowie militärische Ausrüstung sind nach Angaben des Pentagon bereits per Schiff in der lettischen Hauptstadt Riga eingetroffen. 220 Panzer bringen die US-Streitkräfte im Juni 2015 nach Europa zurück und Soldaten in Brigadestärke zum Training nach Deutschland. Weiters werden US-Fallschirmjäger ukrainische Truppen trainieren.

Weltmachtstrategie der USA

Entgegen aller Lügenpropaganda ist es nicht Russland , das die „freie Welt" mit neuen Kriegen bedroht, sondern die Konkurrenz der Westmächte untereinander, die uns um noch höherer Profite willen in immer weitere Kriege stürzt. Die USA, denen es darum geht, ihre Vorherrschaft auf der Welt wirtschaftlich, politisch und militärisch auszubauen, kreisen Russland mit Hilfe der NATO und auch schon länger China schrittweise ein und bedrohen sie vor allem auch militärisch.

Wer Eurasien beherrscht, beherrscht die Welt, das ist die Strategie, die einer der wichtigsten US-Sicherheitsberater, Zbiginiew Brzezinski, schon 1994 und 2006 erläutert hat, und der die USA seit langem folgen. Eurasien ist der mit Abstand größte Kontinent, mit 75% der Weltbevölkerung und 3/4 der weltweit bekannten Energievorkommen. (14) Brzezinski berät auch Obama.

Russland, nach Einschätzung von US-Strategen auf Grund seiner Größe und geographischen Lage der entscheidende Staat in Eurasien, muss geschwächt bzw. langfristig besiegt werden, damit die USA Eurasien beherrschen können. Geht es nach den US-Strategen, soll Russland sogar geteilt werden. Das müsse und könne von drei „Brückenköpfen" aus geschehen:

- im Westen durch NATO- und EU-Erweiterung
- im Osten durch einen Block aus Japan, Korea, Taiwan;
- im Süden, am Bauch Russlands, durch Eingriffe in das, was Brzezinski den „Eurasischen Balkan" nennt: Iran, Irak, Afghanistan und die kaspisch-kaukasi sche Region von der Ukraine bis Usbekistan. In diesem Raum gelte es für Amerika, sich die „Filetstücke" der globa len Energie-Ressourcen zu sichern. (15)

Deshalb führten die USA Krieg gegen Afghanistan und Irak und war 2014 der „EU-Maidan" (Ukraine) der vorläufige Höhepunkt einer langen Kette von reichlich subventionierten Umstürzen in Ländern Südosteuropas und der früheren Sowjetunion, von Jugoslawien (1991-1999) über Georgien (2003), Ukraine (2004), Usbekistan (2005) usw. Daher haben die USA in Tschechien und Rumänien Raketenabwehr-

schilde installiert, deswegen ist Polen längst in der NATO und deshalb sind dort auch Patriot-Raketen und US-Militär stationiert.

Über die Ukraine schrieb Z. Brzezinski schon 1994: *„Russland ohne die Ukraine ist kein Imperium mehr"… „Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr".* (16)

Deswegen haben die USA/EU in der Ukraine einen dauerhaften Kriegszustand geschaffen, der Russland schwächt, wirtschaftlich und militärisch. Dazu dienen auch die Wirtschaftssanktionen seitens der USA und der EU, die die Unzufriedenheit in Russland schüren und letztlich einen „Regierungswechsel" befördern sollen. Gleichzeitig schwächt der Ukraine-Krieg auch die EU, vor allem Deutschland, den größten Konkurrenten der USA, im Handel mit Russland.

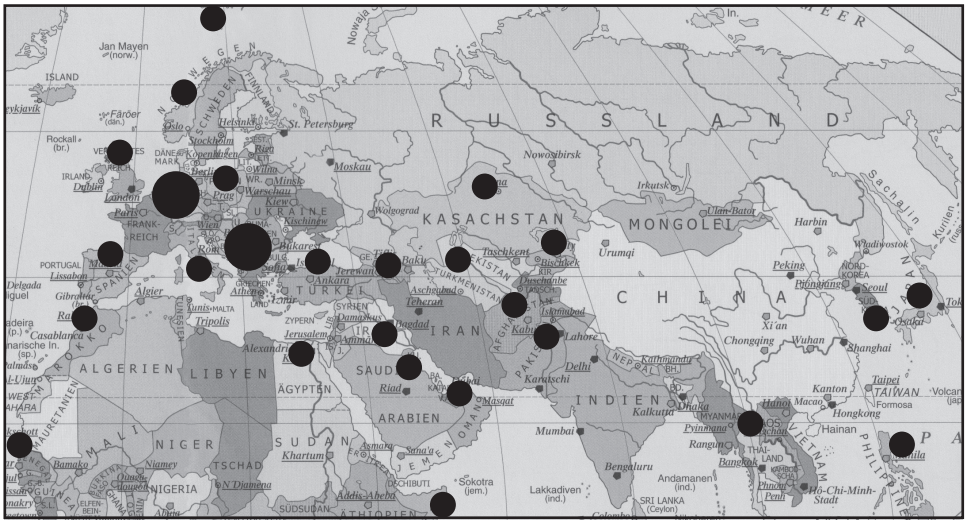
Schon 1991 erklärte der US General Wesley Clark, ehemaliger Oberbefehshaber der NATO-Streitkräfte: *„Ich gehe jedoch davon aus, dass die USA auch in Westeuropa intervenieren, auch wenn dies gegenwärtig manchen Leuten als absurde Idee vorkommen mag. Die USA würden eine europäische nukleare oder wirtschaftliche Großmacht nicht lange dulden!"* (17) Weiters wird die USA alles tun, um eine deutsch-russische Allianz zu verhindern. 2009 sagte dazu Georg Friedman, Chef des einflussreichen privaten US-Informationsdienst Stratfor, dass die US-Regierung als oberstes strategisches Ziel die Verhinderung einer deutsch-russischen Allianz betrachte. Ein solcher Block sei der einzige, der als alternative Weltmacht in der Lage sei, den Amerikanern ihre dominante Stellung streitig zu machen. (18)

Einkreisung Russlands

Seit Mitte der 1990er Jahre forcierten die US-Regierungen die NATO-Osterweiterung. 1999 kamen die Tschechische Republik, Ungarn und Polen, 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien in die NATO. 2008 hat die USA dann die Aufnahme Georgiens und der Ukraine betrieben. Da Deutschland und Frankreich dies wegen Russland nicht wollten, wurde zwar keine formelle Aufnahme beschlossen, aber erklärt, die beiden Länder werden der NATO beitreten. 2009 erfolgte die Aufnahme von Albanien und Kroatien in die NATO.Die Einkreisungspolitik Russlands durch die USA vollzieht sich ja nicht nur in Europa sondern ebenso in Asien!

Man nehme einen Atlas zu Hand und markiere die folgenden Länder: Japan, Südkorea, Pakistan, Afghanistan, Usbekistan, Kasachstan, Turkmenistan, Türkei, Kirgistan, Armenien, Ukraine, Georgien, Aserbaidschan, Moldawien, Polen, Rumänien, Ungarn, Slowakei, Lettland, Litauen, Estland Bulgarien. ketenstellungen oder ähnliche militärische Einrichtungen.

Russland ist seit 25 Jahren in der Defensive, es hat wirtschaftlich und militärisch nie die Stärke dem Westen gegenüber zu bestehen. Hätte Russlands Regime keine Atomwaffen, hätten es die USA wohl längst zu Fall gebracht.



● = *NATO-Stützpunkt*

In all diesen Ländern befinden sich derzeit amerikanische Militärbasen, Radarstationen, Raketenstellungen oder ähnliche militärische Einrichtungen.

Fast alle diese Länder haben eine gemeinsame Grenze mit Russland. Wäre auch der Iran auf dieser Liste, dann wäre die Einkreisung komplett.

Europa hat für die USA die Funktion eines Brückenkopfes auf dem eurasischen Kontinent. Im Zuge der EU-Erweiterung nach Osten kam es auch zu einer Osterweiterung der NATO! Europa wird so ein brauchbares Sprungbrett für die USA! Diese US-Strategie beschrieb Z. Brzezinski schon 2007. (19)

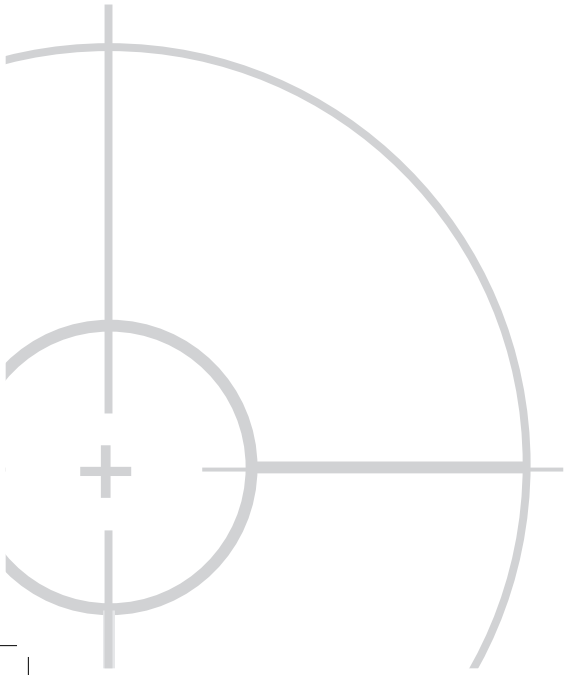
Im Übrigen betrugen allein die Militärausgaben der vier NATO-Staaten USA, Frankreich, Deutschland und England 2013 mit insgesamt 808 Milliarden Dollar das Neunfache der russischen Ausgaben von 88 Milliarden Dollar. (USA 640, Frankreich, Deutschland und GB insgesamt 168 Milliarden Dollar)

Deutschland: EU-Führungsmacht und Konkurrent der USA

Heute hat Deutschland längst eine eigenständige imperialistische Rolle. Es fährt zwar im „Geleitzug" der USA, hat aber gleichzeitig seine eigenen Expansionspläne! Für die USA ist die EU mit ihren imperialen Ambitionen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch strategisch und militärisch der Konkurrent. Vor allem Deutschland will nun entsprechend seiner wirtschaftlichen Vormachtstellung in Europa zunehmend seine Einflusssphären auch geopolitisch vergrößern und militärisch absichern und das gerade auch in der Ukraine! U.a. fordert der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck seit Oktober 2013 im-

mer wieder, Deutschland müsse in Zukunft aggressiver Weltpolitik betreiben – auch militärisch. (20) Auch das Assoziierungsabkommen mit der EU, dass die ukrainische Putschregierung im Mai 2014 unterschrieb, stärkt Deutschlands Position weiter! *„ Fast 25 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges geht es darum,...die früheren Sowjetrepubliken in seinen (= Deutschlands) Einflussbereich zu ziehen.“* (21)

Das Abkommen ist das wichtigste Expansionsinstrument. Es sollte sowohl wirtschaftlich vor allem den deutschen Konzernen dazu dienen, die angrenzenden Länder als Investitions- und Absatzmärkte, als Niedrigsteuerländer und verlängerte Werkbänke dauerhaft in den großeuropäischen Wirtschaftsraum und damit in die EU-Einflusszone zu integrieren und gleichzeitig militärisch – strategisch die Expansion vorwärtstreiben. Diese beiden Seiten bedingen sich gegenseitig.



Dabei ist die Ukraine von ihrer geopolitischen Lage, Größe und ihrem Bevölkerungsreichtum (45 Millionen Einwohner) von herausragender geopolitischer Bedeutung. Es geht um Geopolitik: Dem wirtschaftlich/militärischen Streben der EU nach neuen Einflusssphären bzw. Absatzmärkten stehen Russlands Interessen nach friedlichen Nachbarn, der Sicherung seiner Grenzen und Wirtschafts- beziehungen entgegen. Entscheidend ist, *„dass von den deutschen Eliten die Ukraine als wesentliches Einfallstor zur Einverleibung des gesamten postsowjetischen Raums betrachtet wird.“* (22) Es geht darum: *„Wo soll die östliche Grenze der EU liegen, wo die westliche Grenze des russischen Einflussgebietes“.* (Die Zeit online 25. 11. 13) *„Die Deutsche Außenpolitik wird sich weiterhin der gesamten Palette der außenpolitischen Instrumente bedienen, von der Diplomatie über die Entwicklungs- und Kulturpolitik bis hin zum Einsatz militärischer Gewalt.“* (23)

Auch wenn Teile der Herrschenden bzw. Konzernherrn in Deutschland auf das Geschäft mit Russland nicht verzichten und eine Mäßigung gegenüber Russland wollen, Deutschland hat entscheidenden Anteil an der Entwicklung in der Ukraine samt dem Krieg. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, die uns zuletzt öfters als „Friedenskanzlerin“ verkauft wird, sagte in Bezug auf die Ukraine u.a.: *„Wir müssen über die Grenzen der Europäischen Union hinaus denken, und diejenigen in unserer Nachbarschaft, die unsere Werte teilen, darin unterstützen, ihren staatlichen Weg in freier Selbstbestimmung gehen zu können – also zum Beispiel die Ukraine, Moldawien oder Georgien...“* (24)
Der Putsch und das, was danach in der Ukraine passierte, ist das „freie Selbstbestim-

mung"? Nein, im Gegenteil! Deutschland macht mit bei dem blutigen Krieg der Ukraine gegen einen Teil ihrer Bevölkerung, es macht mit bei den Kriegsvorbereitungen der USA gegen Russland.

Die deutsche Bundeswehr wird nun als Teil der neuen NATO-„Speerspitze" etwa 50% der ca. 6.000 Soldaten stellen. Es handelt sich um eine neue NATO-Kampftruppe im Rahmen der „NATO Response Force", einer Eingreiftruppe die von 13000 auf 30000 Soldaten vergrößert werden soll. Diese Truppen sollen vor allem in Osteuropa als schnelle Eingreiftruppe, die innerhalb von 48 Stunden mobilisiert werden kann, eingesetzt werden. Sie sollen Offensivpositionen einnehmen, die den militärischen Druck auf Russland verstärken – Deutschland steht hier an vorderster Front gegen Russland.

Während der republikanischen US-Senator John McCain, der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses des US-Senates (bekannt von seiner Unterstützung der IS 2013) Merkel kritisiert, weil sie Waffenlieferungen der USA an die Ukraine derzeit nicht befürwortet (25), macht Deutschland bei der Ost-Expansion der NATO kräftig mit und verfolgt auch dabei seine eigenen Interessen.

Wer sind die Kriegstreiber?

Die NATO war und ist für die USA ein Werkzeug ihre Herrschaft abzusichern und auszubauen. Die EU wird für die stärkste europäische Macht, Deutschland, ebenfalls immer mehr ein Instrument seiner wirtschaftlichen Vorherrschaft, das es nun auch militärisch weiter forciert! **Die EU ist somit keineswegs - wie behauptet - eine Friedensunion sondern eine Kriegsplattform.** In Deutschland wird, als Gegenstück zur NATO, schon über eine „EUTO" als Militärverband einer Euro-Armee diskutiert. (Süddeutsche Zeitung 14./15. 02. 2015) Auch EU-Kommissionspräsident J.C. Juncker verlangt eine Euro-Armee. (Welt am Sonntag, 08. 03. 2015)

Der höchste General der Ukraine, General Viktor Muzhenko, hat mit einer Aussage Aufsehen erregt, die sowohl der Obama-Regierung als auch seiner eigenen Regierung widerspricht: Auf dem von Präsident P. Poroschenko kontrollierten Fernsehsender 5 TV aus Kiew sagte er:

> *„In der Ostukraine kämpfen keine russischen Truppen."… „die einzigen russischen Bürger, die in der umkämpften Region in der Ostukraine kämpfen würden, Einwohner derselben oder der Ukraine seien".* Auch gebe es einige russischen Bürger, die *„Mitglieder illegaler bewaffneter Truppen"* seien – also Söldner, die nicht von Regierungen bezahlt werden, sondern von anderer Stelle aus, und daher nur als *„individuelle Bürger"* zählen (im Gegensatz zu vom Ausland bezahlten Streitkräften). General Muzhenko sagte: *„Die ukrainische Armee kämpft nicht mit den regulären Einheiten der russischen Armee."*

Mit dieser Aussage sind die Hauptanschuldigungen mit der die EU- und US-Sanktionen gegen Russland gerechtfertigt wurden, hinfällig. (26)

Selbst eine Gruppe von Ex- US-Geheidienstmitarbeitern verurteilen die US-Kriegshetze gegen Russland. Sie erwähnen wieder, dass es vor dem Irak-Krieg der USA 2003 für die vom CIA behaupteten Massenvernichtungswaffen von Sadam Hussein, die als Begründung für den US-Krieg gegen den Irak dienten, nie glaubwürdige Beweise gab. Und *„wir sehen auch jetzt keine glaubwürdigen Beweise für eine russische Invasion"*. Die Ex-CIA Leute haben das auch in einem offenen Brief vom 30.8.14 an Angela Merkel über einen möglichen Ukraine-Krieg geschrieben. (27)

Ein unverdächtiger Zeitzeuge, der frühere stv. US-Finanzminister Paul Craig Roberts, schrieb im August 2014: *„Eines Tages werden die Europäer aufwachen. Dann wird ihnen bewusst werden, dass Washington für sie nichts tut, außer sie vor einer nicht existierenden ‚russischen Gefahr' zu schützen, während es den Menschen in Europa riesige Kosten aufbürdet, indem es die Europäer als Truppenaufgebot (Kanonenfutter) im Krieg der USA um die Weltherrschaft verwendet. Früher oder später müssen die Europäer realisieren, dass die ihnen von den USA zugeteilte Rolle nicht in ihrem Interesse ist und sie direkt in den Dritten Weltkrieg führt, in dem die Europäer die ersten Opfer sein werden."* (28)

Und die europäischen Machthaber, vor allem Deutschland, mischen in diesem Ringen kräftig mit.

Man will uns weismachen, die Bedrohung der „freien Welt" seien die Terroristen, vor allem aus dem Islam oder überhaupt der Islam, nun R u s s l a n d und zunehmend China.

Ja letztlich gelten alle Staaten als eine „Bedrohung" für die USA, für den Westen, die sich nicht freiwillig dem Diktat des Kapitals, des IWF, der Weltbank unterordnen. Tagtäglich werden wir heute mit der beispiellosen Lügenpropaganda überschüttet, dass Putin den Westen bedroht. Diese Propaganda nützt nur der Kriegsvorbereitung des Westens, der den Ring der NATO um Russland immer enger zieht. Wir sind keine Verteidiger von Putin. Die Bedrohung des Weltfriedens resultiert aus der Rivalität der USA mit ihren europäischen Konkurrenten um Einflusssphären, Absatzmärkte, geopolitische Dominanz.

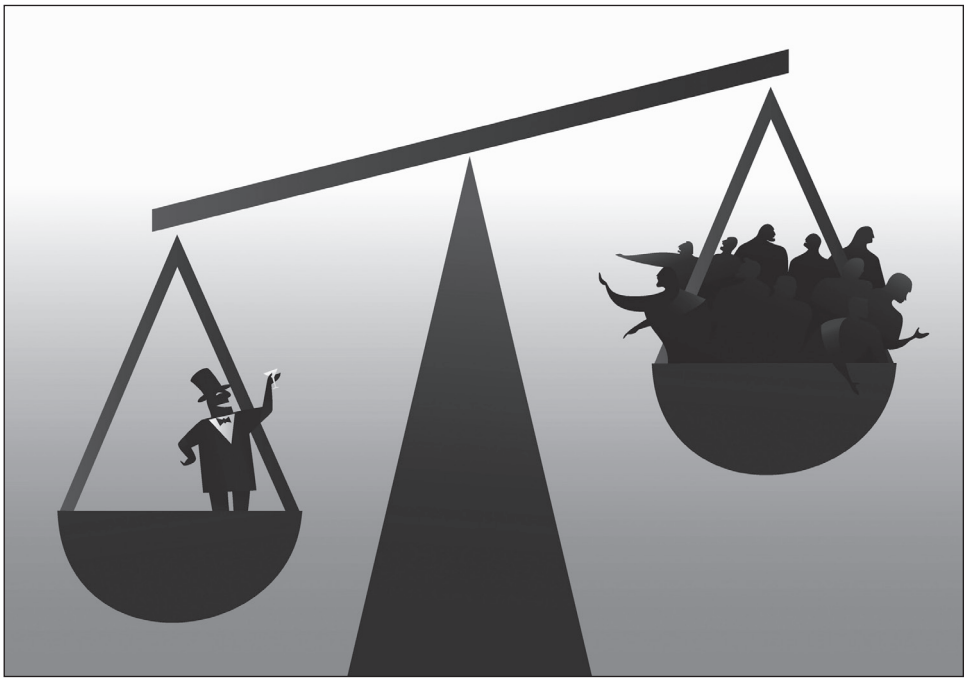
Krieg: Reich gegen Arm

Der Ukraine-Krieg, der IS, zerfallende Staaten in Afrika und im Nahen Osten, ausgeplünderte Länder, Millionen Flüchtlinge usw., all das sind verheerende Facetten eines großen Krieges – des Krieges „Reich gegen Arm". 1% Superreiche Profiteure und ihre Handlanger ruinieren schon in Friedenszeiten die Erde, das Wasser, die Luft, ja die Existenzbedingungen der ganzen Menschheit und überziehen um ihrer Profite willen alle Kontinente mit Kriegen bis dahin, dass sie einen dritten Weltkrieg riskieren.

Warren E. Buffet, der drittreichste Mann der Welt (ca. 72 Milliarden Dollar), wurde gefragt, was aus seiner Sicht der zentrale Konflikt unserer Zeit ist: „*Das sollte jeder wissen. Das ist der Krieg, der Krieg zwischen Arm und Reich. Meine Klasse, die Klasse der Reichen hat diesen Krieg begonnen und sie wird ihn auch gewinnen!*" (29)

Die Superreichen und die Reichen sind eine verschwindende Minderheit!

Sorgen wir, die überwältigende Mehrheit der Menschen dieser Erde, dafür, dass die Kapitalisten diesen Krieg „Reich gegen Arm" n i c h t gewinnen!



drante/iStock/Thinkstock

Quellen:

1) Nuland Victoria,Gespräch mit US-Botschafter G. Pyatt in Kiew: www: nachdenkseiten.de?p=20781

2) Stephen Cohen in: „The Nation“, 11. 02. 2014

3) Prof. Mangold Gerhard, Universität Innsbruck, in: Kronen Zeitung, 07. 12. 2014

4) Deutsche Wirtschafts Nachrichten, 31. 08. 2014

5) deutsche-wirtschafts-nachrichten.de, 14. 05. 2014

6) Statistik des Instituts für deutsche Wirtschaft

7) www.faz.net/ukraine-sicherheitskreise-bis-zu-50-000-tote-13416132.html 10.04.2015

8) Y. Kopatko 31. 1. 2014, Fa. Research and Branding in: Freeman, 2. 2. 2015: Ukraine – 1 Million Wehrpflichtige nach Russland geflüchtet

9) deutsche-wirtschaftsnachrichten.de/2015/02/20/rechtsextreme-in-der-ukraine...

10) Robert Parry- https://consortiumnews.com/2015/02/23/ready-for-nuclear-war-over-ukraine/

11) R.D. Asmus, Ex-Diplomat im US-Außenministerium in J. Kronauer - Junge Welt, 04. 03. 2014

12) Obama 01. 02. 2015, CNN, Fareed Zakaria, zitiert bei „Der Freitag“: H. Springstein 2. 2. 15, https://www.freitag.de

13) Georg Friedman/Stratfor, zitiert von R. Parry in: consortiumnews.com 06. 01. 2015

14) Zbigniew Brzezinski: The Grand Chessboard, Seite 57. Deutsch: Die einzige Weltmacht, 1994.
Und derselbe: Die zweite Chance, 2007

15) Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht

16) Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht

17) Jan van Helsing, „Hände weg von diesem Buch“, 1991

18) Deutsche WirtschaftsNachrichten: USA wollen deutsch-russische Allianz verhindern, 17. 03.2015

19) Zbigniew Brzezinski: Die zweite Chance, 2007, Seite 91

20) Rede des deutschen Bundespräsident zur Eröffnung der 50. Münchner Sicherheitskonferenz 31. 01. 2014, german-foreign-policy 20. 06. 2014

21) N. Blome: Spiegel, 50/2013

22) Jürgen Wagner: IMI-Studie Nr. 2/2014, Seite 2; Ukraine: Ringen um die Machtgeometrie

23) Jürgen Wagner: IMI-Studie Nr. 2b/2014; Neue Macht, neue Verantwortung

24) Deutsche Wirtschafts Nachrichten 05. 10. 2014. Obama-Vize blamiert Merkel ... Angela Merkel in Hannover zur deutschen Widervereinigung, 04. 10. 2014

25) Zeit Online, 6.2. 2015, John Mc Cain

26) Global Research / rf - Erich Zuesse/29. 1. 15 http://www.epochtimes.de/Ukrainischer-Top-General-erklaert-In-der-Ostukraine-kaempfen-keine-russischen-Truppen-a1218717.html

27) Interview mit Ray McGovern, 9. 9. 2014. Ray McGovern arbeitete 27 Jahre lang als Analyst für den US-Auslandsgeheimdienst CIA, bevor er 1990 in den Ruhestand trat. http://konjunktion.info/2014/09/offener-brief-anangela-merkel-ex-nsa-director-spricht-klartext-zueinem-moeglichen-ukraine-krieg

28) Paul Craig Roberts, stellvertretender Finanzminister unter US-Präsident Ronald Reagan (1980 - 1988). Washington Chokes Truth With Lies. www.paulcraigroberts.org, August 13, 2014

29) Warren E. Buffet, zitiert von Ben Stein, New York Times, 26. 11. 2006 http://www.nytimes.com/2006/11/26/business/yourmoney/26every.html?_r=0

III. Österreichs Rolle

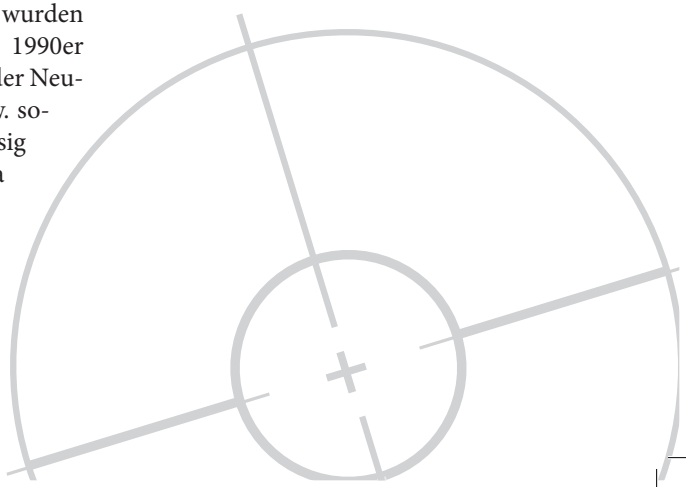
Genauso wenig wie 1914 beim Weg in den Ersten Weltkrieg „Schlafwandler" am Werk waren, genauso wenig wie man damals in den Krieg „hineinschlitterte", genauso wenig sind heute die zunehmenden Konflikte und Kriege in der Welt „zufällig". Auch nicht die diesbezügliche Politik Österreichs.

Im Jahr 2015 begeht Österreich den 60. Jahrestag seiner Neutralitätserklärung. Die immerwährende Neutralität wurde erklärt als Konsequenz aus zwei verheerenden Weltkriegen und dem Wunsch der österreichischen Bevölkerung, nicht mehr mitzumarschieren, nicht mehr für fremde Großmachtinteressen in Kriege gezwungen zu werden.

Doch was passiert gerade heutzutage, was machen die Verantwortlichen? Sie reden zwar von Neutralität, in der Tat untergraben sie diese aber tagtäglich.

Schon im Vorfeld des EU-Beitrittes wurden Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre Teile des Staatsvertrages und der Neutralität Österreichs aufgeweicht bzw. sogar für „obsolet", also für überflüssig erklärt. Beispiele dazu waren etwa die Zulassung von NATO-Überflügen im Zuge des Krieges der USA und der EU gegen Jugoslawien oder die Aufhebung des Verbotes des Ausverkaufs von verstaatlichten und staatlichen Betrieben der Grundgüterindustrie, der Grundversorgung und Infrastruktur wie Eisen- und Stahl-, Öl-, Chemiebetriebe, Fluglinien oder Telekommunikation. Voest-Alpine, OMV, AUA oder Telekom-Austria, alles frühere „Flagschiffe" Österreichs, gehören nicht mehr seiner Bevölkerung.

Österreichs Regierende haben schon 1998 mit dem Beschluss des neutralitätswidrigen Kriegsermächtigungsgesetzes einen glatten Bruch der österreichischen Bundesverfassung begangen und damit schon damals Kampfeinsätzen – auch ohne UNO-Mandat (!) – zugestimmt. Mit der EU-Verfassung 2005 hat die Regierung eine explizite militärische Beistandsverpflichtung beschlossen und 2009 den Vertrag von Lissabon ratifiziert. Dieser verpflichtet zur dauerhaften Aufrüstung, zu weltweiten Militärinterventionen, zu militärischem Beistand und zur Entwicklung einer mächtigen Atomindustrie (Euratom).



2011 haben die großen EU-Staaten folgende Kriterien für die Teilnahme von Staaten an einem sogenannten **Kerneuropa** definiert:

- die für Auslandsinterventionen verwendbaren Truppen müssen um 25 Prozent in den nächsten fünf Jahren und um 50 Prozent in den nächsten zehn Jahren erhöht werden

- der Ausgabenlevel sollte mindestens auf 1,63 Prozent des BIP erhöht werden

- EU-Mitgliedsstaaten müssen anteilig zu ihrem BIP an Projekten der „Europäischen Verteidigungsagentur" (EDA) teilnehmen, also die EU-Aufrüstungsprojekte mitfinanzieren (1)

- es muss an allen EU-Missionen teilgenommen werden, die eine militärische Komponente haben (2)

EU-Militarismus – EU-Armee

Anfang 2015 hat auch der neue EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise davon gesprochen, dass die EU eine eigene Armee, eine EU-Armee, brauche. (3)

Die Pläne für eine EU-Armee liegen schon lange in den Schubladen. Der wichtigste Teil der neuen EU-Interventionsarmee sind die Battle-Groups, die EU-Kriegstruppen. Sie sollen zu Kriegseinsätzen im Umkreis von 5.000 km rund um die EU in der Lage sein. Das Ziel ist eine einsatzbereite Truppe von 60.000 Mann, das entspricht bei notwendiger Rotation und logistischer Unterstützung einer Truppenstärke von ca. 180.000 Mann. Diese Armee soll den EU-Großmächten den Zugang zu Absatzmärkten, Rohstoffquellen und geopolitischem Einfluss in Konkurrenz zu den militärisch aggressiven USA ermöglichen. Unter dem Vorwand für Menschenrechte, Demokratie und gegen Terrorismus zu sein, will die EU nun verstärkt im Interesse ihrer großen Konzerne Krieg führen, so wie das die USA z.B. im Irak und in Afghanistan vorexerziert haben. (4)

Neutralitätsbruch

Österreichs Herrschende wollen unter Bruch der Neutralität österreichische Soldaten in diese neuen EU-Kriege schicken! Erst hatte schon Alt-ÖVP-Vizekanzler Spindelegger (nunmehr Oligarchen-Handlanger für die Ukraine) gefordert, Soldaten nach Mali zu schicken. Unter dem Mäntelchen „Bundesheer neu" soll trotz Volksbefragungs-NEIN zu einem Berufsheer Österreich in die EU/NATO-Strukturen – zum Teil mit und unter deutschem Kommando (wie im Kosovo oder auch in Mali) – integriert werden. Außenmininster Sebastian Kurz forderte schon 2014 eine rasche Aufstockung der Auslandseinsätze des Bundesheeres: Österreich erfülle derzeit das im Regierungsprogramm vereinbarte Kontingent von 1.100 Mann im Ausland nicht. *„Darum bin ich der Meinung, dass wir schnell auf diese 1.100 Mann kommen sollten."* (5) Derzeit sind knapp 800 Soldaten im Auslandseinsatz. Zur gleichen Zeit sagte Verteidigungsminister Gerald Klug: *Mali oder die Zentralafrikanischen Republik. Ein Engagement in Afrika sei „selbstverständlich auf der Agenda".* (6) Klug hält an Auslandseinsätzen fest! Diese etwa aus Kostengründen zur Gänze

einzusparen – die 800 Soldaten verursachen 44 Millionen Euro Kosten jährlich – lehnte Klug ab, habe man sich doch in der „Österreichischen Sicherheitsstrategie" auf eine aktive Teilnahme an Auslandseinsätzen verständigt.

Genau diese österreichische „Sicherheitsdoktrin" hat die SPÖ/ÖVP Regierung schon 2011 im Ministerrat beschlossen und im Sommer 2013 mit den Stimmen der FPÖ im Parlament ratifiziert, entgegen dem Ergebnis der Bundesheer-Volksbefragung vom Jänner 2013. Diese Doktrin sieht die Teilnahme des Bundesheeres an der EU-Militärpolitik *„in allen ihren Dimensionen"* vor, einschließlich Militärmissionen *„von Nordafrika bis zum Kaukasus"*. Weiter ist in der Doktrin festgehalten: *„Verpflichtung zur dauerhaften Aufrüstung"*, *„Militärische Beistandsverpflichtung bei Militäreinsätzen nach außen wie nach innen"*, *„Teilnahme an den EU-Kampftruppen"*, *„Bildung eines militärischen Kerneuropas"* der besonders aufrüstungswilligen Staaten. (7)

In der „Österreichischen Sicherheitsstrategie 2013" wird trotz Berufsheer-NEIN und dem Wunsch der ÖsterreicherInnen nach echter Neutralitätspolitik, der Wille der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung mit Füßen getreten und vermehrt der Weg der inneren und äußeren Militarisierung eingeschlagen. Die „Neutralität" wird im ganzen Text der Strategie nur einmal (!) allgemein erwähnt. Hauptaugenmerk gelegt wird auf die *„zivil-militärische Entwicklung und Zusammenarbeit"* im Inneren (mit dem Innen- und Justizministerium) und Äußeren zur *Wahrung österreichischer und mitteleuropäischer Sicherheitsinteressen"* (8) mit EU und anderen internationalen Militärorganisationen wie z.B. – unausgesprochen, aber in der Realität praktiziert –mit der NATO.

Seit 1995 gibt es schon die neutralitätswidrige Kooperation mit der NATO im Rahmen der „NATO-Partnerschaft für den Frieden". Österreichische Soldaten sind derzeit schon an NATO-geführten Einsätzen beteiligt, etwa im Kosovo. Im Rahmen der KFOR-Mission zählt Österreich mit 375 Soldaten zu den größten Truppenstellern. Aber die Bundesheerspitzen mit Klug als Minister wollen mit der NATO noch enger zusammenarbeiten. So ist Österreich seit dem NATO-Gipfel von Wales im September 2014 bei einer dort neu gegründeten NATO-Plattform dabei, bei der es etwa darum geht, militärische Fähigkeiten und Know how von NATO-Staaten und Partnerländern (also auch von Österreich) zusammenzuführen und zu intensivieren, etwa auch durch Trainings von internationalen Einsatzkräften. (9)

Österreich soll nach dem Willen der Regierung und der FPÖ, auch an möglichst vielen dieser „Missionen", unter anderem in Afrika, im Rahmen der EU-Kampftruppen teilnehmen.

Diese Entwicklung ist von langer Hand vorbereitet! Schon 2003 hieß es in einer deutschen Studie für die EU-Zukunftsszenarien: *„Im Szenario Supermacht Europa wird das große Europa seinem objektiven Weltmachtpotential gerecht. Die EU nutzt ihre materiellen und institutionellen Ressourcen in vollem Umfang. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Bevölkerungszahl, militärisches Potential und das europäische Wertesystem bieten ihr eine beachtliche Handlungsbasis. Die Super-*

macht Europa verabschiedet sich endgültig von der Idee einer Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik." (10)

Auch Bundespräsident Heinz Fischer hat die Aufstockung der Auslandseinsätze des Heeres gefordert (11) und stellt sich hinter die Bundesheerführung, wenn es darum geht, mehr Geld auch für Auslandseinsätze zu erhalten. (12) Der Leiter der Militärvertretung des österreichischen Bundesheeres bei EU und NATO in Brüssel, Günter Höfler, sieht gar Österreichs Auslandseinsätze in Gefahr. Österreich werde damit *„zu einem unverlässlichen Partner, wenn wir unsere Soldaten nicht entsprechend ausbilden."* (13) Auch Österreichs NATO-Botschafter in Brüssel, Karl Schramek, sagt: *„Österreich darf bei internationalen Einsätzen nicht zurückfallen"* (14) Warum eigentlich nicht?

So werden der Berufsheer-Nein-Volksentscheid und die Neutralität Österreichs mit Füßen getreten. Militär- und Politspitze Österreichs wollen „verlässliche Partner" der ausdrücklich auf Rüstung und Militärisierung ausgerichteten und damit letztlich zum Kriegführen vorbereiteten NATO und EU sein.

Am Rockzipfel von EU und Deutschland in neue Kriege?

„Zwei neue österreichische Minister, Kurz und Klug, sind", so jubelte die „Kronen Zeitung" Anfang 2014 *„bei dem traditionellen Insider-Treffen der Weltenlenker in München nicht nur aktiv…aufgetreten sondern auch mit einer neuen politischen Konzeption" … „Die Zeiten des Wegschauens, Duckens, Abwartens…haben sich überlebt"... „Es gilt … Krisen schon im Keim zu ersticken …notfalls mit international koordinierten Militäreinsätzen einzudämmen"… „Es gilt sich einzumischen."* (15)

Mittlerweile hat sich Minister Klug *„für robustere Bundesheer-Einsätze in Afrika"* ausgesprochen. (16) Er bedauert, dass *„Europa nicht als sicherheitspolitischer Faktor wahrgenommen wird"* (17) und will bis Ende 2015 ein Konzept für eine *„Ausweitung der Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit europäischen Armeen"* vorlegen. (18) Ende März 2015 spricht sich auch ÖVP-Vizekanzler Mitterlehner im Zusammenhang mit dem neuen ÖVP-Parteiprogramm für eine *„gemeinsame, europäische Armee"* aus. *„Die Neutralität Österreichs soll aber gleichzeitig nicht in Frage gestellt werden."* (19) Wirklich? *„Der Begriff Neutralität kommt ... nicht vor – und zwar ganz bewusst. Europäische Armee und Neutralität seien schwer vereinbar"*, so ÖVP-Generalsekretär Gernot Blümel. (20)

Diese österreichische „Aktivpolitik" ist keineswegs so neu, sie ist von unseren Regierungen schon lange vorbereitet. Die „neuen Töne" von Mitterlehner, Kurz, Klug und Krone sind ident mit dem neuen Kriegsgetöse vom „großen Bruder Deutschland". Die Kronen-Zeitung gehört ja zu 50% dem deutschen WAZ-Medienkonzern!

Deutschland will wieder „führen"!

Wieso sind seit kurzem Österreichs Herrschende so offen und vehement für Auslandseinsätze? Diese „Aktivpläne" von Kurz, Klug, Mitterlehner, Faymann oder

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1955 Ausgegeben am 4. November 1955 57. Stück

211. Bundesverfassungsgesetz: Neutralität Österreichs.
212. Verordnung: Errichtung von Ergänzungskommandos zur Durchführung der Erfassung und Einberufung der Wehrpflichtigen.
213. Verordnung: Änderung der Sprengel der Gerichtsbezirke Neulengbach und Purkersdorf.
214. Kundmachung: Änderung der Kundmachung, betreffend die Anrechnung von Vordienstzeiten für die Vorrückung in höhere Bezüge bei den Beamten der Österreichischen Bundesbahnen.
215. Notenwechsel über die Aufhebung der Sichtvermerkpflicht zwischen Österreich und Monaco.

211. Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

(1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.

(2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.

Artikel II.

Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Körner

Raab	**Schärf**	**Helmer**	**Kapfer**
Drimmel	**Maisel**	**Kamitz**	**Thoma**
Illig	**Waldbrunner**		**Figl**

212. Verordnung des Bundeskanzleramtes vom 15. Oktober 1955, betreffend die Errichtung von Ergänzungskommandos zur Durchführung der Erfassung und Einberufung der Wehrpflichtigen.

Auf Grund der §§ 17 und 18 des Wehrgesetzes, BGBl. Nr. 181/1955, wird verordnet:

Ergänzungskommandos werden mit folgendem örtlichem Wirkungsbereich in folgenden Städten eingerichtet:

Für den Ergänzungsbereich

Burgenland	in Eisenstadt,
Kärnten	in Klagenfurt,
Niederösterreich	in Wien,
Oberösterreich	in Linz,
Salzburg	in Salzburg,
Steiermark	in Graz,
Tirol	in Innsbruck,
Vorarlberg	in Bregenz,
Wien	in Wien.

Raab

213. Verordnung der Bundesregierung vom 25. Oktober 1955, womit die Sprengel der Gerichtsbezirke Neulengbach und Purkersdorf geändert werden.

Auf Grund des § 8 Abs. 5 lit. d des Übergangsgesetzes vom 1. Oktober 1920 in der Fassung des Bundesgesetzes Nr. 368 vom Jahre 1925 wird mit Zustimmung der niederösterreichischen Landesregierung verordnet:

§ 1. Die Gemeinden Gablitz, Mauerbach, Preßbaum, Tullnerbach und Wolfsgraben werden aus dem Sprengel des Bezirksgerichtes Neulengbach ausgeschieden und dem Sprengel des Bezirksgerichtes Purkersdorf zugewiesen.

§ 2. Diese Verordnung tritt am 1. Jänner 1956 in Kraft.

Raab	**Schärf**	**Helmer**	**Kapfer**
Drimmel	**Maisel**	**Kamitz**	**Thoma**
Illig	**Waldbrunner**		**Figl**

214. Kundmachung des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe vom 29. Oktober 1955, womit die Kundmachung des Bundesministeriums für Verkehr vom 19. Juli 1948, BGBl. Nr. 174, in der Fassung der Kundmachung des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe vom 27. November 1952, BGBl. Nr. 218, betreffend die Anrechnung von Vordienstzeiten für die Vorrückung in höhere Bezüge bei den Beamten der Österreichischen Bundesbahnen, abgeändert wird.

Auf Grund des zustimmenden Beschlusses des Hauptausschusses des Nationalrates vom 24. Ok-

Fischer sind eine direkte Folge des neuen, offen militärischen Kurses Deutschlands, der seit Spätherbst 2014 sichtbar wird.

Die deutsche Verteidigungsministerin Ursula Von der Leyen sagte auf der „Münchner Sicherheitskonferenz" 2015, dass sich Deutschland mehr international engagieren wolle: *„Berlin ist bereit zu führen."* (21)

Der deutsche SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier formuliert die *„DNA der deutschen Außenpolitik: Die Partner erwarten eine aktivere Rolle – und Berlin ist bereit, international mehr zu tun."* (22)

Unsere Herrschenden sind willfährige Handlager der Großmacht Deutschland, der viertgrößten Wirtschaftsmacht und dem drittgrößten Rüstungsexporteur der Welt. Deutschlands Herrschende, seine Konzerne, wollen endlich, entsprechend ihrer Wirtschaftsgröße, auch militärisch mitmischen!

Kurz und Klug betreiben Kriegspropaganda

Im Juni 2014 war Minister Klug Teilnehmer der „2. Berliner Strategiekonferenz". Dort nahm er die Eskalation in der Ukraine und die Krise in Syrien zum Vorwand, um einen höheren Einsatz der EU und Österreichs in Form von Geld und Truppen zu fordern, weil nur so die Sicherheit der EU garantiert sei.

Das Gegenteil ist wahr: Klug will sogar, dass die EU bei ihrem Gewaltexport noch gehörig zulegen soll: *„Die EU muss handlungsfähig werden und sich sicherheitspolitisch emanzipieren. Die Mittel dafür stehen bereit. Immerhin geben die 28 EU-Staaten mit rund 190 Milliarden Euro mehr für Verteidigung aus als China, Russland, Indien und Brasilien zusammen"* ... *„Aber wir bringen diese Pferdestärken nicht auf die Straße."* (23)

Wer im militärischen Bereich „Pferdestärken auf die Straße bringen will", muss bereit sein, sich an Konflikten und Krieg zu beteiligen. Die im Oktober 2014 vorgestellte *„Teilstrategie"* des Bundesheeres macht diesen Schritt und definiert *„einsatzwahrscheinliche Aufgaben"*. Die *„europäische Kooperation"* wird als neues Grundprinzip festgeschrieben und erstmals offiziell die Trennung zwischen Inlands- und Auslandseinsätzen aufgehoben, indem internationale Einsätze auch als wesentlicher Beitrag zur nationalen Sicherheit erklärt werden: *„Auch internationale Einsätze tragen zur Verteidigung österreichischer Sicherheitsinteressen bei."* Als Einsatzgebiete werden neben dem Schwerpunkt Südosteuropa die Erweiterung des internationalen Engagements des österreichischen Bundesheeres nach Osteuropa bzw. in die Schwarzmeerregion, den Nahen und Mittleren Osten sowie nach Nord- und Sahel-Afrika genannt. (24)

Daher fordert Klug auch immer wieder, dass die EU-Battle-Groups endlich einmal zum Einsatz kommen müssen. *„Diese rasch verfügbaren Kampfeinheiten warten seit der Gründung im Jahr 2004 vergeblich auf einen Einsatz. Man müsse diese Einheiten nun endlich in den Einsatz schicken, oder auflösen – nach dem Slogan ‚Use it, or lose it'."*

Das würde bedeuten, dass bei einem Einsatz der Battle Group 2016 zumindest 300 Österreicher dabei sein würden. (25)

Herr Klug ist dazu bereit, österreichische Soldaten fremden Interessen zu opfern, um sich selbst zu profilieren und der österreichischen und deutschen Rüstungsindustrie Geschäfte zu ebnen. Er begeht damit Verrat an der österreichischen Neutralität! Eine Schande, dass Gerald Klug, ein Metaller-Gewerkschafter, das schmutzige Geschäft für die Rüstungslobby und Kriegstreiber mitmacht.

Im Gefolge der von Deutschland bestimmten EU, die im Wettlauf mit den USA steht, betreiben Österreichs Politiker Kriegspropaganda und wollen das als „neue Neutralitätspolitik" hinstellen. Doch das Gegenteil ist der Fall: Österreichs Politik und Medien wollen mit Berufssoldaten und der Wirtschaft im Schlepptau überall, auch bei Krisen- und Kriegsgewinnen, vor allem an der Seite Deutschlands dabei sein.

Deshalb brauchen auch unsere Regierenden ein Berufsheer, damit sie noch leichter als schon jetzt Soldaten für die EU-Einsätze im Ausland zur Verfügung stellen können. Deshalb wurde 2013 eine „Volksbefragung" über ein Berufsheer durchgeführt.

Durch den breiten Widerstand der Bevölkerung, die nicht einsehen wollte, warum man ein Berufsheer in Österreich braucht, ging dieser Entscheid mit großer Mehrheit gegen ein Berufsheer und damit für die Beibehaltung der Neutralität aus!

Berufsheer durch die Hintertür

Weil der Chef des Österreichischen Milizverbandes, Brigadier Michael Schaffer, kritisierte, dass einflussreiche Kreise in der Heeresspitze trotz Volksbefragungs-Nein und entgegen dem Neutralitätsgesetz weiterhin ein Berufsheer wollen, wurde er im November 2014 als Milizbeauftragter und Berater aus dem Heeresstab entfernt. (26)

Anfang April 2015 hat Verteidigungsminister Klug einen neuen Milizbeauftragten, Raiffeisen-Generaldirektor Erwin Hameseder, bestellt und gemeinsam mit dem Bundesheer-Einsatzchef, Karl Schmidseder, (früherer Stabschef und deklarierte Berufsheer-Betreiber von Ex-Minister Darabos) – eine „Aufrüstung" des Milizheeres angekündigt. Dafür werden 77 Millionen Euro bereitgestellt – während angeblich überall gespart werden muss. Hameseder ist ebenfalls vehementer Berufsheer-Befürworter. (27)

Der frühere Milizbeauftragte Schaffer wirft dem Generalstab und Minister Klug vor, weiter ein Berufsheer anzustreben und vor allem auf Auslandseinsätze zu forcieren: *„Sie wollen billige Reservisten, die Lakaien für die Berufssoldaten sein sollen. Mit Miliz hat das aber nichts zu tun."*

Die Miliz müsse eigentlich für den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz verantwortlich sein. Die von Klug und Hameseder für die Miliz u.a. angekündigten Nachtsichtgeräte würde diese gar nicht brauchen: *„In Wahrheit sind sie für Auslandseinsätze und damit de facto für das Berufsheer."* (28)

Das neue Milizkonzept ist ein Vehikel für Berufsheer und Militarisierung nach außen und nach innen.

Nach den Terroranschlägen von Paris und Kopenhagen wird eine noch engere Zusammenarbeit von Heer und Polizei, ein „Sicherheitsministerium" im Namen des" Kampfes gegen den Terror", angestrebt, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Verteidigungsminister Klug bezeichnen sich selbst zunehmend gerne als „Sicherheitminister". (29)

Generalleutnant Karl Schmidseder, Stabschef unter Ex-Verteidigungsminister Norbert Darabos, vertritt offen eine solche „Sicherheitskooperation", die einer Militarisierung nach innen gleichkommt. Er tritt offen für das Eingreifen des Bundesheeres im Inneren ein: *„Es gibt Bedrohungen für die innere Sicherheit, denen wirksam nur mit militärischen Mitteln zu begegnen ist ... nicht im Alltag. Aber doch notwendig und logisch, wenn es die Situation erfordert."* (30) Wer definiert, was die Situation erfordert?

Wessen Geistes Kind der Herr Generalleutnant ist, sagt er auch ganz offen: Geht es um den Schutz der Bevölkerung? Nein: *„Das beschlossene Investitionspaket für das Bundesheer"* sieht er jedenfalls *„vor allem für den Schutz der Soldalten, die Miliz und die Luftstreitkräfte."* Dabei kümmert sich der oberste Einsatzchef des Bundesheeres, so scheint es, wenig darum, worauf er angelobt wurde: auf die Republik Österreich, die Neutralität, auf die allgemeine Wehrpflicht, auf die Katastrophenschutzaufgabe des Bundesheeres, das sich aus breiten Bevölkerungsschichten zusammensetzen soll, auf die Trennung von Polizei und Heer. Denn er sagt klipp und klar: *„Eine Ausbildungs- und Katastrophenhilfe-Armee' kann die an sie gestellten Erwartungen zur professionellen Bewältigung dieser Herausforderungen nicht erfüllen."* (31)

Ist ein Jahr nach dem Gedenkjahr 2014, der Februar 1934, als Bundesheersoldaten zur „Wahrung der inneren Sicherheit" aufgeboten wurden, als Bundesheersoldaten auf Arbeiter schossen, vergessen – und das unter einem SPÖ-Kanzler und einem SPÖ-Verteidigungsminister?!

Neutralität statt Kriegshetze und Kriegsteilnahme

Das Mitmachen der EU-USA-NATO-Militär- und Kriegspolitik nach außen und nach innen ist brandgefährlich für Österreich und seine Menschen. Es ermöglicht zudem den Blau-Braunen (Strache, FPÖ usw.), sich als Hüter der Neutralität und noch mehr als Wahrer von „Recht & Ordnung" aufzuspielen. Was Strache wirklich meint ist, dass nicht die USA, sondern Deutschland in der Ukraine und in Osteuropa bis hin nach Russland diktieren soll.

Keine Teilnahme in Konflikt- und Kriegsgebieten im Namen von „internationaler Friedenssicherung" oder „Terror-Abwehr"

Richtig ist, dass rund 2/3 der Österreicher die Sanktionen gegen Russland und die EU-Ukrainepolitik ablehnen. Richtig ist, dass 90% der Bevölkerung für die Neutralität sind. Umso verwerflicher ist die EU-hörige und an Deutschland orientierte Politik der österreichischen Regierung. Umso wichtiger ist es, dass die Kritik daran nicht den Rechten (Straches) überlassen wird.

Kein Berufsheer und keine Kriegsteilnahme!

Aktive Friedenspolitik und Neutralität!

Bei uns in Österreich wird der IS unter anderem als Vorwand verwendet, um Gesetze zu ändern. So z.B. sollen Polizei und Bundesheer noch enger zusammenarbeiten, sollen bezahlte Staatspitzel, so genannte V-Männer und V-Frauen, also Nicht-Polizisten, fuhrwerken dürfen, wird die Vorratsdatenspeicherung ausgeweitet, die Meinungsfreiheit eingeschränkt oder wird der „Verhetzungsparagraph" verschärft. (32) Das kann dann auch gegen alle anderen unliebsamen Meinungsäußerungen von Kritikern eingesetzt werden. Unter dem Vorwand, uns vor dem IS zu schützen, werden nicht nur Flüchtlinge diskriminiert. Auch wir sollen, wie die Menschen in ganz Europa, in „Angst und Schrecken" versetzt werden und uns an noch mehr Polizei, an noch mehr Abbau demokratischer Rechte = Demokratur, an Kriegsberichterstattung und Kriege gewöhnen.

Für Auslandseinsätze des Bundesheeres in der neuen EU-Interventionsarmee (EU-Kampftruppen) sollen wir zahlen, all das unter dem Vorwand, dass unsere Sicherheit bedroht sei. Das Gegenteil ist der Fall: Die Teilnahme Österreichs an EU-Raubzügen und Kriegen macht uns erst zum Angriffsziel.
Diese Teilnahme ist mit Österreichs Neutralität unvereinbar und auch nicht mit der Volksbefragung 2013, in der die große Mehrheit der Österreicher für die Beibehaltung der Wehrpflicht, für das Milizheer und gegen ein Berufsheer gestimmt hat.

Österreichs Alternative:

Österreich als neutrales Land darf die Sanktionen und die Kriegshetze, die Teil der USA-EU-Kriegspolitik sind, nicht mitmachen, muss über die wahren Hintergründe und Ziele von Krisen und Kriegen aufklären, dies öffentlich verbreiten und verurteilen, nicht nur „Gesprächskanäle" offen halten und alles was USA und EU wollen mitmachen oder bloß beteuern, dass die Neutralität auch ein Vorbild z.B. für die Ukraine sei, aber das Gegenteil dafür tun, nämlich von Österreich aus EU- und USA-Propagandaöl ins Feuer gießen.

All das ist ein klarer Verfassungsbruch, heißt es doch im Artikel 2 des Neutralitätsgesetzes:

***„Österreich wird zur Sicherung dieses Zweckes in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten** und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen".*

Trotzdem stehen seit 1. Jänner 2011 österreichische Soldaten im Rahmen der Battle-Groups für die EU-Krisen- und Kriegseinsätze Gewehr bei Fuß. Das ist Neutralitätsbruch!

Dieser Entwicklung gilt es Einhalt zu gebieten! Verhindern wir, dass Österreich in neue Kriege hineingezogen wird und ÖsterreicherInnen wieder für Großmächte marschieren sollen. Verhindern wir, dass für Aufrüstung und Krieg viele Millionen, ja Milliarden Euro (Eurofighter) an Steuergeldern rausgeworfen werden, statt das Geld z.B. für Arbeitsplätze, leistbare Wohnungen, Bildung oder ausreichende Pensionen zu verwenden!

Die Finanzierung von Einsätzen von Berufsarmeen zur Sicherung der Profitinteressen der Konzerne ist ein Neutralitätsbruch und widerspricht dem Willen der Mehrheit der Österreicher.

+ +

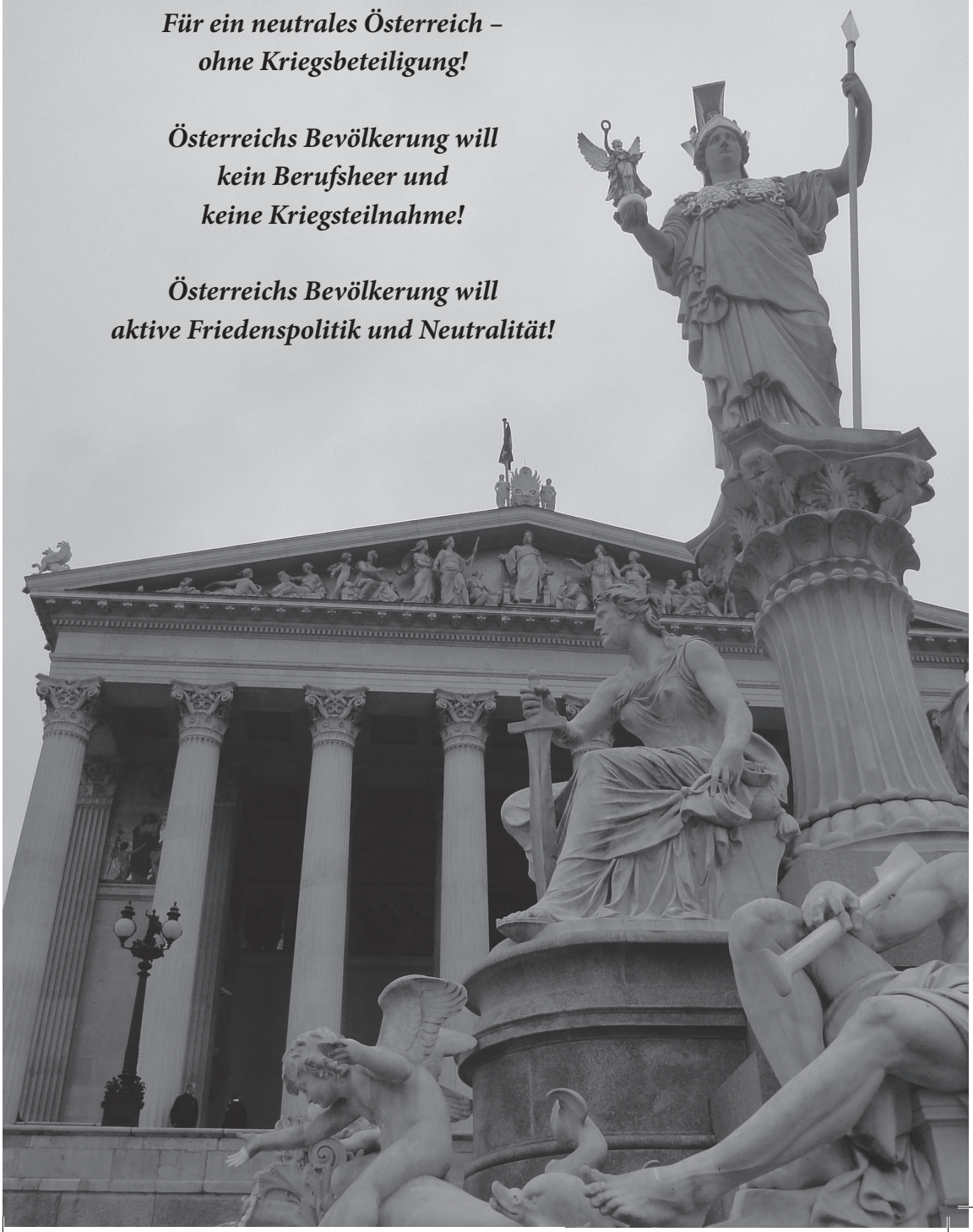
Quellen:

1) www.bundesheer.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=1583
2) Egmont-Institut März 2011: Kriterien für den Zugang zur „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit" – SSZ – der EU
3) Die Presse, 09. 03. 2015
4) www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/eu_battlegroups_/eu_battlegroups_de.pdf; http://de.wikipedia.org/wiki/EU-Battlegroup
5) Standard 04. 01. 2014
6) Standard 01. 02. 2014
7) www.bka.gv.at/site/3503/default.aspx
8) www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=52099
9) Wie das neutrale Österreich von der NATO profitiert, Kurier, 28. 08. 2014
10) Europas Zukunft. Fünf EU-Szenarien. Zentrum für angewandte Politikforschung (CAP), München 2003
11) Fischer will Soldaten nach Zentralafrika schicken. Heute, 16. 02. 2014
12) Bundespräsident stellt sich hinter Militärführung, Kurier, 23. 08. 2014
13) ebenda
14) Wie das neutrale Österreich von der NATO profitiert, Kurier, 28. 08. 2014
15) Österreichs neue Aktivpolitik: K. Seinitz, Kronen Zeitung, 02. 02. 2014
16) Die Presse, 25. 02. 3015
17) Kurier, 17. 02. 2015
18) Die Presse, 01. 02. 2015
19) Heute, 30. 03. 2015)
20) Die Presse, 30. 03. 2015
21) Die Presse, 07. 02. 2015
22) Die Presse, 11. 03. 2015
23) www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140622_OTS0020/verteidigungsminister-klug-besucht-2-berliner-strategiekonferenz
24) news.at, 29. 10. 2014; www.news.at/a/bundesheer-zukunft-teilstrategie
25) Klug will Marschbefehl nach Afrika, Kurier, 03. 02. 2015
26) Der Standard, 24. 11. 2014
27) Kurier, 10./11./12. 04. 2015
28) derStandard.at, 9. 04. 2015
29) Kurier, 24. 01. 2015
30) Karl Schmidseder: Wann greift das Bundesheer im Inneren ein?, Die Presse, 03. 02. 2015
31) ebenda
32) Kurier, 04. 04. 2015

Für ein neutrales Österreich –
ohne Kriegsbeteiligung!

Österreichs Bevölkerung will
kein Berufsheer und
keine Kriegsteilnahme!

Österreichs Bevölkerung will
aktive Friedenspolitik und Neutralität!



Ein Ausblick

Wirksame Mittel gegen Kriegstreiber und menschenverachtende Systeme:

Respekt und Achtung der Menschenwürde!

Die Mächtigen und Herrschenden wollen uns glauben machen, dass Krieg und Gewalt Dinge sind, die zum alltäglichen Leben gehören und dass die Unterdrückung anderer Menschen zum eigenen Vorteil notwendig sei. Dagegen wurden schon vor mehr als 200 Jahren Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als bessere Alternative in die Welt gesetzt und sind seitdem unwiderruflich in den Herzen der Menschen verankert. Die Frage ist, ob die Welt im Chaos feindlicher Auseinandersetzungen versinken wird oder ob es einen Weg des Friedens und der Gemeinsamkeit in eine positive Zukunft gibt! Ist es möglich, den Herrschenden die Macht aus der Hand zu nehmen, bevor sie uns vernichten? Wir stehen vor einer unter Umständen das gesamte Leben auf der Welt gefährdenden Entscheidung: Ist Frieden möglich oder gibt es den Dritten Weltkrieg?

Wir müssen aus dem Gefängnis der Kriegsszenarien ausbrechen

Wir rufen Menschen jeder Nation, jeder Anschauung, jeder Hautfarbe, jeder Religion auf, sich wieder auf die höchsten Werte zu besinnen, die Menschen zu eigen sein können: Freiheit, Frieden, Solidarität, Respekt vor der Anschauung des anderen, Achtung des Lebens, Freude über die Verschiedenheit, mit der wir einander bereichern, Teilhabe für die bisher Ausgegrenzten und Ausgeschlossenen an den Errungenschaften der Menschheit. Lassen wir uns nicht länger alle diese Dinge von der Gewalt der Mächtigen vorenthalten. Sie benützen uns doch nur für ihre Zwecke und unser Leben gilt nichts in ihren Augen. Ihre Ökonomen haben unsere menschliche Seele in Geiselhaft genommen und vermarktet: Wir sollen in einem ständigen Kampf um Vorteile gegen alle anderen sein, die zu Gegnern für uns werden, weil auch ihnen die Solidarität ausgetrieben wurde. Dieser Weg ist eine Sackgasse, denn dadurch wird das Leben zur Farce, seines Sinnes und seiner Würde beraubt.

Auflehnung gegen Entsolidarisierung und Entmündigung

Wir müssen, gegen den Trend und gegen die Übervorteilung durch die Mächtigen, die Brüderlichkeit im Auge haben, das Verständnis für den anderen, das Einstehen für den Schwächeren, die Gastfreundschaft gegenüber dem Fremden, die Solidarität mit dem Verfolgten. Diese Fähigkeiten nimmt man uns immer mehr mit einer gezielten Entsolidarisierung bis hin zu einer Vereinzelung, die das Ganze, Notwendige, aus den Augen verliert. **Gegen diesen Trend müssen wir uns der in uns vorhandenen menschlichen Fähigkeiten besinnen!**

Geben wir doch gemeinsam der Welt ein menschliches Gesicht! Respektieren wir doch einander, wenn sich auch die Wege, die wir gehen, unterscheiden! Lassen wir uns doch nicht länger zu Handlangern von Waffenproduzenten, Kriegsgewinnlern und Medienhetzern degradieren, die auf unserem Rücken ihre Geschäfte machen und unser Leben ohne Skrupel aufs Spiel setzen, in ihrer Gier nach Ressourcen, die sie doch nur dazu verwenden, um unsere Welt und damit die Grundlage unserer Existenz zu zerstören.

Zeigen wir uns doch von unserer besten Seite

Lassen wir uns von den Mächtigen dieser Welt nicht mehr in Kriege hetzen, die einer kleinen Schicht Vorteile bringen gegen die Interessen der Masse der Menschen. Für die vielen Benachteiligungen und Unterdrückungen, die Menschen erfahren, dient staatliche Gewalt nur der Aufrechterhaltung von unterdrückenden Ordnungen gegen unser aller Zukunft. Die Kraft des Widerstandes der überwältigenden Mehrheit der Menschheit ist stärker als alle Waffen der Welt und wird uns von Zwang und Hass befreien! Dazu müssen wir achtsam und aufgeweckt bleiben und dürfen uns nicht verhärten und nicht einschüchtern lassen von Drohungen der Mächtigen!

Unsere Freiheit können wir uns nur selber zurückholen

Die Herrschenden reden von „Freiheit“, wir sollen aber nur funktionieren im Sinne ihrer Profitlogik. Wenn es soziale Ausgeglichenheit gäbe, wäre es leichter für die Ideale der Gerechtigkeit und der Toleranz jeden Tag einzutreten, im Alltag, am Arbeitsplatz, in der Schule, in den Parteien und Gewerkschaften, in den religiösen Gemeinschaften. Lassen wir es uns nicht gefallen, dass die Ereignisse, wie etwa die Attentate von Paris, mit weiterer Gewalt beantwortet werden, die nur noch mehr Misstrauen und Einschränkungen zur Folge haben. Es geht darum, zu mehr Freiheit, zur Abschaffung von Ausgrenzungen, zur Ermöglichung von Teilhabe am gesellschaftlichen und produzierenden Leben der Gemeinschaft, zur Förderung von Gleichheit und zu mehr Solidarität zu gelangen.

Die Profitwirtschaft produziert soziale Ungleichheit und braucht zu ihrer Aufrechterhaltung Spaltung und Entsolidarisierung der Menschen. Es darf aber nicht mehr heißen: Österreicher gegen die Ausländer, Weiße gegen die Schwarzen, Männer gegen die Frauen, Angestellte gegen die Arbeiter, religiöse Menschen gegen andersgläubige Menschen (Christen, Juden, Muslime, usw.), Europäer und Nordamerikaner gegen Araber, Asiaten und Afrikaner – nein, es muss heißen: alle Menschen gemeinsam! Das würde bedeuten, dass die Verhältnisse sich ändern und jedem Menschen Gerechtigkeit und Würde zurückgegeben werden. Nicht Knechte und Handlanger der Mächtigen wollen wir mehr sein, sondern Wegbereiter des Friedens und des Wohlergehens aller Menschen.

Was wir für die Zukunft wollen

Die Zukunft soll von unserem guten Willen gestaltet sein. Was wir aus der Natur und durch die Arbeit empfangen, sehen wir als gemeinsamen Besitz, an dem alle Anteil haben. Freiheit, Wohlergehen und Sattsein wird jedem Menschen möglich sein und unsere Kinder und Enkelkinder werden wir mit großer Freude und gesund heranwachsen sehen. Niemals mehr werden sie Opfer von Gewalt und Vertreibung sein. Über die Opfer von früheren Kriegen und von Gewalt werden wir gemeinsam trauern. Unsere Kinder lernen ihre Lektionen von Frieden und Freiheit in Schulen, die niemals mehr zerstört werden. Die Musik der Zukunft soll das Lachen unserer Kinder sein und nicht der Lärm des Krieges. Wir werden neugierig darauf sein, was wir voneinander lernen können aus dem Reichtum unserer Geschichte und der verschiedensten Kulturen. Wir werden versuchen, uns gegenseitig kennen zu lernen und zu verstehen. Was dem anderen heilig ist, werden wir nicht verspotten.

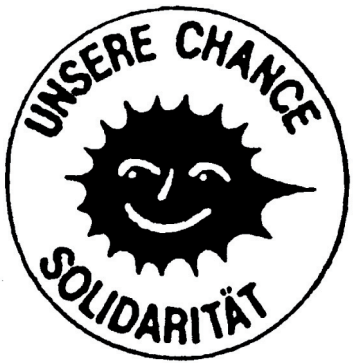
Jeder wird dem anderen gönnen, dass sein Leben glücklich verläuft und wenn einer von uns in Not gerät, wird der andere für ihn da sein. Unser Leben ohne Gewalt kann helfen, die Gewalttätigen zu entwaffnen und die Menschen zu einem freieren Sein zu führen. Wirtschaftswachstum auf Kosten der Gesundheit der arbeitenden Menschen, Konsum nur für die Steigerung des Profits oder Rüstungsproduktion werden dann nicht mehr unser Leben bestimmen.

Die Werte des Lebens hervorkehren und fördern

Es soll für die Masse der Menschen nicht mehr wie bisher nur um den Überlebenskampf gehen, mit dem Hauptaugenmerk auf die Erhaltung des Lebens, sondern der gesellschaftliche Reichtum wird gemeinsam genützt.

Nicht mehr nur eine kleine Clique wird das öffentliche, gemeinschaftliche Leben gestalten, sondern jeder wird dazu beitragen und daran partizipieren.

Wir werden dafür frei sein, uns mit unserem eigenen Menschsein, mit der Zuwendung zum Mitmenschen und mit den notwendigen Veränderungen zu befassen, die imstande sind, für die Gesellschaft einen positiven Weg in die Zukunft aufzuzeigen.

Treten wir gegen Gewalt und Kriegsdrohungen auf!
Zeigen wir die Lügen der Herrschenden auf,
damit sichtbar wird, dass sie sich nicht scheuen,
uns zu vernichten!

Nur gemeinsam können wir eine neue Zeit heraufbringen!
Eine Zeit des Friedens und des Verständnisses!
Schließen wir uns zusammen!
Gehen wir auf einem gemeinsamen Weg!